

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

20. Januar 2021

Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich zur vorgeschlagenen Änderung der Grundbuchverordnung (GBV) (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche) vernehmen zu lassen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und machen gerne davon Gebrauch.

1. Zum Personenidentifikator

Ein gewisser staatlicher Aufwand für die Führung der AHV-Nummer als Identifikator ist angezeigt. Die Einführung soll weitestgehend automatisiert erfolgen und danach bei jedem Neukontakt aufgenommen werden, sofern die AHV-Nummer im Grundbuch fehlt.

Die AHV-Nummer ist grundsätzlich durch die betroffene Person beziehungsweise die Urkundsperson zu liefern, wie dies Art. 51 Abs. 1 lit. a E-GBV vorsieht. Die Rechteinhaber haben ein Interesse an der Richtigkeit der Angaben und sind insofern in die Pflicht zu nehmen, die AHV-Nummer und die Zuordnung zu den entsprechenden Grundbuchdaten nachzuweisen. Eine Verpflichtung der Grundbuchämter, zusätzliche aufwendige Abklärungen zu treffen, ist abzulehnen, zumal sich auch die Haftungsfrage im Falle unrichtiger Zuordnung stellt. Auch eine periodische Überprüfung der AHV-Versichertennummern hat automatisiert zu erfolgen. Bei Unklarheiten sind die Rechteinhaber zu verpflichten, die Abklärungen mit der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) vorzunehmen.

Die Pflicht des Grundbuchamts, auch den bereits eingetragenen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber von Amtes wegen eine AHV-Versichertennummer zuzuordnen (bei Unklarheiten mit dem Vorgehen gemäss Art. 23c Abs. 3 E-GBV) ist abzulehnen, soweit kein automatisierter Abgleich erfolgen kann. Der Aufwand wäre völlig unverhältnismässig und bezüglich Einträgen lange verstorbener Personen auch wenig zielführend. Dies insbesondere auch, da die berechtigten Behörden über die landesweite Grundstücksuche nicht nur mittels AHV-Versichertennummer, sondern auch mittels anderer Suchparameter (Art. 90 Abs. 1 GBV) suchen können (vgl. Art. 34e Abs. 1 E-GBV). Die Nutzung der Grundstücksuche ist also auch ohne Zuweisung der AHV-Versichertennummer gewährleistet.

Aufgrund des unverhältnismässig grossen Aufwands ist davon abzusehen, dem Grundbuchamt die Pflicht aufzuerlegen, nicht automatisierbare Zuordnungen der AHV-Versichertennummer von Rechteinhaberinnen und Rechteinhabern im Grundbuch nachträglich vorzunehmen. Die Fristen wären denn auch deutlich zu kurz.

Entsprechend sind die Art. 23a ff. sowie Art. 164a Abs. 4 E-GBV anzupassen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass die Streichung des letzten Teilsatzes des geltenden Art. 51 Abs. 1 Bst. a GBV ("*nach Erfassung der Personalien wird die Kopie vernichtet*") betreffend Vernichtung von Ausweiskopien anlässlich der seinerzeitigen datenschutzrechtlichen Bedenken unverständlich ist.

2. Zur Abgeltung zugunsten des Bundes durch die Kantone

Eine Gebührenpflicht für staatliche Stellen (Bund, Kantone, Gemeinden), welche aufgrund einer Bewilligung Abfragen tätigen, ist abzulehnen. Es handelt sich dabei lediglich um eine Umlagerung von Steuergeldern, da die Abfragen Privatpersonen kaum weiterverrechnet werden können. Auf eine bundesinterne Gebührenerhebung wird denn zum Beispiel auch zurecht verzichtet.

Einzig den Kantonen pauschal Gebühren aufzuerlegen, obschon auch kommunale Stellen Abfragen tätigen werden können, erscheint zudem unzulässig. Eine nutzungsabhängige Weiterverrechnung nach Anzahl Abfragen durch die Kantone an die Gemeinden bleibt mangels Kenntnis der Abrufdaten verwehrt beziehungsweise würde einen unverhältnismässigen Mehraufwand für die Kantone verursachen. Sollte dennoch eine Verrechnung von Gebühren erfolgen, hat diese durch den Bund direkt bei den entsprechenden Nutzern zu erfolgen, wodurch auch das Inkassorisiko direkt beim "Vertragspartner" und nicht bei den Kantonen liegt.

3. Bemerkungen zum Bericht

Der im Bericht auf Seite 8 erwähnte Nutzen einer landesweiten Grundstücksuche gemäss Art. 949c des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) im Bereich von Lex Koller dürfte eher gering sein, da in der Regel die Person im Ausland noch nicht mit einer AHV-Nummer erfasst wurde, falls sie tatsächlich – entgegen den eigenen Angaben – bereits eine Liegenschaft in der Schweiz ihr Eigen nennt. Zudem besteht allenfalls die Gefahr einer Doppelerfassung bei der AHV, wenn die Angaben der ausländischen Person nicht 1:1 gleich wie bei der ersten Erfassung sind.

4. Zusätzliches Anliegen für die Vernehmlassung

Im Rahmen der Vernehmlassung machen wir auf ein zusätzliches Anliegen zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs aufmerksam.

Vorsorgeinstitute haben gemäss Art. 28 lit. b) GBV nur im Rahmen des Hypothekengeschäfts Einsicht auf Grundbuchdaten. Auszüge mit den für sie relevanten Einträgen zu Veräusserungsbeschränkungen (nichtöffentliche Anmerkungen) können nicht abgerufen werden. Somit können sie nicht oder nur sehr eingeschränkt am elektronischen Geschäftsverkehr teilnehmen, was wiederum einen negativen Einfluss auf die Abwicklung der Geschäftsfälle bei Urkundspersonen, Grundbuchämtern, Banken und Vorsorgeinstituten mit Auswirkungen bis zum Endkunden hat.

Es wird deshalb vorgeschlagen, Art. 28 GBV mit einer lit. f) wie folgt zu ergänzen:

"f) Vorsorgeeinrichtungen, zu den Daten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben in der Wohneigentumsförderung oder zur Sicherung des Vorsorgezwecks gemäss BVG benötigen."

Dabei ist selbstverständlich technisch sicherzustellen, dass nur Veräusserungsbeschränkungen angezeigt werden. Weitere nichtöffentliche Anmerkungen wären zu unterdrücken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- egba@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
egba@bj.admin.ch

Appenzell, 21. Januar 2021

Revision der Grundbuchverordnung, AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision der Grundbuchverordnung, AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche, zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement, 3003 Bern
(per E-Mail an egba@bj.admin.ch
[PDF- und Wordversion])

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. Januar 2021

Eidg. Vernehmlassung; Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zur Revision der Grundbuchverordnung (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche) bis zum 1. Februar 2021 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

a) Der Vorlage liegen die Arbeiten der rechtlichen und technischen Arbeitsgruppen zugrunde (Erläuternder Bericht, Ziff. 2). In beiden Arbeitsgruppen wirkten Vertreterinnen und Vertreter der Grundbuchführung mit. Anliegen der Grundbuchführung konnten somit eingebracht werden.

b) Die landesweite Suche nach Inhaberinnen und Inhabern von Rechten an Grundstücken liegt im Interesse zahlreicher Behörden (bspw. Strafbehörden, Sozialhilfebehörden, Sozialversicherungen, Organe des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts; vgl. auch den erläuternden Bericht, Ziff. 3.1.3.2.2). Eine solche Suche setzt einen eindeutigen Personenidentifikator im Grundbuch voraus. Aus datenschutzrechtlicher Sicht birgt die Verwendung der AHV-Nummer als landesweiter allgemeiner Personenidentifikator unter anderem auch für Grundeigentümer bekanntlich erhebliches Gefährdungspotential für die betroffenen Personen. Nachdem sich der Bundesgesetzgeber dennoch für diese für die Grundrechte riskante Variante entschieden hat, ist es umso wichtiger, dass bei der Umsetzung der Bestimmungen des ZGB den datenschutzrechtlichen Aspekten Rechnung getragen wird.

c) Da die AHV-Nummer nicht öffentlich sichtbar sein soll, darf sie nicht Eingang ins Hauptbuch finden. Zu Recht sieht die Vorlage deshalb die Schaffung eines neuen Hilfsregisters vor, das mit dem jeweiligen Haupt-



bucheintrag in Beziehung gesetzt wird. Die (allfällige) automatisierte Übernahme von aktualisierten Daten steht nicht im Widerspruch zum Antragsprinzip, da sie sich direkt nur im Hilfsregister auswirkt.

d) Nicht zu übersehen ist allerdings, dass die Zuordnung der AHV-Nummer durch die Grundbuchämter eine neue Fehlerquelle schafft. Bisher wurden Personen durch Prüfung des Passes oder der Identitätskarte identifiziert und gemäss den Angaben auf diesem Ausweis in das Grundbuch eingetragen. Bei der Aufnahme von Personendaten ins Grundbuch konnte es zwar zu Schreibfehlern kommen (bspw. zu einer falschen Schreibweise eines Vornamens), aber es war dennoch die „richtige“ Person im Grundbuch eingetragen. Wird künftig einer aufgrund ihres Ausweises identifizierten Person im Lauf des Bearbeitungsverfahrens eine falsche AHV-Nummer zugeordnet, sind in der Folge auch der falschen Person Rechte an Grundstücken zugeordnet. Dieser Umstand stellt zusätzliche Anforderungen an die sorgfältige Arbeit der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter.

Ferner wird die Zuordnung der AHV-Nummer einen Mehraufwand für die Grundbuchämter bedeuten, der vor allem dann ins Gewicht fällt, wenn eine Person nicht sofort mit ausreichender Sicherheit identifiziert werden kann oder der ZAS beantragt werden muss, ihr überhaupt erst eine AHV-Nummer zuzuweisen. Bei personell knapp dotierten Grundbuchämtern kann das dazu führen, dass die personellen Ressourcen leicht ausgebaut werden müssen, insbesondere im Bereich des Hilfspersonals.

e) Dass der Dienst für die landesweite Grundstücksuche durch den Bund betrieben werden soll und dass über diesen keine vollständigen Grundbuchauszüge abgerufen werden können, wird ausdrücklich begrüsst. Der Suchdienst genügt, um das Interesse verschiedener Behörden an der landesweiten Grundstücksuche zu befriedigen. Detaillierte Auszüge erhält die betreffende Behörde entweder im Rahmen ihrer Rechte zur Nutzung der Auskunftsplattform Terravis oder direkt beim zuständigen Grundbuchamt, sofern ein genügendes Interesse an der Auskunft geltend gemacht werden kann.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs

Ingress Art. 949b Abs. 1 ZGB ist im Ingress aufzuführen. Die Bestimmung bildet die Grundlage für die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die Grundbuchämter und somit die Basis für die im Entwurf enthaltenen Umsetzungsbestimmungen.

Art. 23a Personenidentifikationsregister

Die Sachüberschrift ist konsequenterweise wie folgt und analog zu den vorgeschlagenen Änderungen zu Art. 11 und 12 VE-GBV zu präzisieren: „Personenidentifikationsregister des informatisierten Grundbuchs“.

Zu begrüssen ist, dass die AHV-Nummer nicht in das Hauptbuch aufgenommen wird, sondern lediglich im damit verknüpften Personenidentifikationsregister festgehalten wird. Da es sich dabei um eine wichtige Regelung handelt, ist es angezeigt, diese in der Grundbuchverordnung auch ausdrücklich (anstatt wie im Entwurf bloss implizit) festzuhalten und nicht nur im erläuternden Bericht zu erwähnen.

Abs. 1 letzter Satz: Dass die AHV-Nummer "auch in Hilfsregistern verwendet werden" kann, ist zu unbestimmt formuliert bzw. eine Bestimmung auf Vorrat. Die Verwendung der AHV-Nummer in allen heute bestehenden Hilfsregistern wäre kaum verhältnismässig. Ist ihre Verwendung in einem bestehenden Hilfsregister jedoch für



die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Grundbuchämter geeignet und erforderlich, sollen diese aus Gründen der Transparenz in der Verordnung aufgeführt werden. Andernfalls ist die Bestimmung zu streichen.

Abs. 2 zweiter Satz: Die Möglichkeit der Verknüpfung der Einträge im Personenidentifikationsregister mit Einträgen anderer Register ist aus Gründen der Transparenz genauer zu definieren. Insbesondere ist festzuhalten, um welche Hilfsregister es sich handelt und zu welchem Zweck eine Verknüpfung erforderlich und geeignet ist. Wenn die Verwendung der AHV-Nummer zur Erfüllung einer Aufgabe bloss dienlich ist, jedoch nicht unbedingt benötigt wird, ist die Verknüpfung der AHV-Nummer mit Einträgen anderer Register nicht verhältnismässig und hat zu unterbleiben.

Abs. 3 lit. c: Diese Bestimmung ist zu unbestimmt. Aus Gründen der Transparenz ist in der Verordnung zu definieren, welche weiteren Daten zu den einzelnen Personen im Personenidentifikationsregister erfasst werden.

Art. 23b lit. b Datenquellen

Die Datenquellen, aus denen das Grundbuchamt die persönlichen Angaben der Grundeigentümer sowie die AHV-Nummer beziehen kann, sollten abschliessend geregelt werden. Die Formulierung in Art. 23b lit. b VE-GBV öffnet den Kreis dieser Quellen über die mit der Zuweisung der AHV-Nummer betraute ZAS hinaus. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Beschaffung personenbezogener Angaben klar zu regeln (Grundsatz der Erkennbarkeit bzw. Information über die Beschaffung). Lit. b ist dahingehend zu präzisieren.

Art. 23c Zuordnung der AHV-Nummer

Da die Zuordnung der AHV-Nummer auch ausserhalb eines konkreten Bearbeitungsverfahrens möglich ist (vgl. dazu Art. 164a VE-GBV), ist die Sachüberschrift wie folgt zu präzisieren: „Zuordnung der AHV-Nummer im Bearbeitungsverfahren“.

In Art. 23b VE-GBV sind die Datenquellen für den Bezug eng umschrieben, und Art. 23b lit. b VE-GBV ist noch zu präzisieren. Entsprechend sollten auch die zusätzlichen Abklärungsmöglichkeiten des Grundbuchamtes abschliessend geregelt werden. Die in Art. 23c Abs. 3 lit. a und lit. b VE-GBV aufgeführten Möglichkeiten erscheinen zweckmässig, weitere und nicht näher definierte Ermittlungen hingegen nicht. Die Formulierung "namentlich" bedeutet eine beispielhafte Aufzählung und ist zu streichen.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und Transparenz ist der Prozess zur Umsetzung von Art. 23c Abs. 3 lit. a VE-GBV vor Inkrafttreten der Regelung festzulegen und bekannt zu machen (vgl. S. 12 des erläuternden Berichts: "Zu gegebener Zeit wird ein detaillierter Prozess definiert werden müssen...").

Art. 23d Periodische Überprüfung

Die periodische Überprüfung der erfassten AHV-Nummern wird mit Blick auf den Grundsatz der Datenrichtigkeit begrüsst. Es ist daran zu erinnern, dass nicht nur die AHV-Nummern, sondern sämtliche von den Grundbuchämtern bearbeiteten Daten richtig sein müssen. Dies ist durch geeignete organisatorische und/oder technische Massnahmen sicherzustellen. Die Mutationen im Personenidentifikationsregister müssen zudem nachvollziehbar und deshalb dokumentiert sein, auch wenn die geänderten Daten über eine Schnittstelle zur ZAS abgerufen werden.



Art. 34b Dienst für landesweite Grundstücksuche

Redaktionell zu Absatz 4 lit. b: „bei natürliche Personen zudem die AHV-Nummer“ -> „bei natürlichen Personen zudem die AHV-Nummer“.

Art. 34c Zugang des Grundstücksuchdienstes zu den rechtswirksamen Daten des Hauptbuches und Übermittlung von Daten an den Suchindex

Abs. 4 gewährt den Kantonen die Wahl hinsichtlich der Vornahme der Anonymisierung. Die Kantone können die Daten in anonymisierte Form übermitteln oder die Daten dem Grundstücksuchdienst noch nicht anonymisiert zustellen und dieser nimmt dann die Anonymisierung vor. Aus Sicherheitsüberlegen wäre die Übermittlung der Daten in anonymisierter Form der Anonymisierung durch den Suchdienst vorzuziehen. Mit Blick auf den damit verbundenen Aufwand (vgl. erläuternder Bericht, S. 17) wird dies durch die Kantone dann zu gegebener Zeit im Einzelnen noch näher zu prüfen sein.

Art. 34d Zugriffsberechtigung im Allgemeinen

Bei der Prüfung der Berechtigung ist ein strenger Massstab anzulegen. Es ist sorgfältig abzuwägen, ob für die ersuchende Behörde bzw. deren Mitarbeitende die Berechtigung zur Grundstücksuche verhältnismässig ist. Insbesondere bei der Erteilung eines weitergehenden Zugangs i.S.v. Art. 34e Abs. 3 VEGBV, welcher die Suche mittels AHV-Nummer zulässt sowie die AHV-Nummer im Suchresultat angibt, ist Zurückhaltung zu üben. Die Verhältnismässigkeit ist dabei sowohl in Bezug auf die Aufgaben der ersuchenden Behörden als auch auf die Anzahl der berechtigten Mitarbeitenden einer Behörde zu wahren.

Abs. 2 ist dahingehend zu ergänzen, dass auch diejenigen Mitarbeitenden zu melden sind, die keinen Zugriff mehr haben sollen. Ohne diese Abmeldung beim EGBA würde einerseits der Kreis der zugriffsberechtigten Personen immer grösser, was unverhältnismässig wäre, andererseits hätten Personen Zugriff, welche dazu nicht mehr berechtigt sind.

Art. 34e Zulässige Suchkriterien und Umfang der Suchresultate

Abs. 3: Der weitergehende Zugang berechtigt zur Suche mittels AHV-Nummer sowie dazu, die AHV-Nummer in den Suchresultaten mitgeteilt zu erhalten, was für die Grundrechte der betroffenen Personen Risiken birgt. Der weitergehende Zugang ist daher an strenge Voraussetzungen zu knüpfen, insbesondere an den Nachweis, dass die gesuchstellende Behörde bzw. die betreffenden Mitarbeitenden auf diese Möglichkeit zwingend angewiesen sind, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können (Erforderlichkeit). Namentlich ist auch zu prüfen, für wie viele Mitarbeitende einer Behörde der weitergehende Zugang verhältnismässig und ob dieser im Einzelfall tatsächlich gerechtfertigt ist. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle zur Grundstücksuche berechtigten Mitarbeitenden einer Behörde auch den weitergehenden Zugang benötigen. Ohne zusätzliche Voraussetzungen und strenge Prüfung werden die Behörden erfahrungsgemäss den breitest möglichen Zugang beantragen, unabhängig davon, ob dieser zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben geeignet und erforderlich ist.

Nachdem im Rahmen der landesweiten Grundstücksuche Serienabfragen erlaubt sein sollen bzw. die Anzahl Abfragen nicht beschränkt sein soll (dies im Unterschied zur Regelung von Art. 27 Abs. 2 GBV, siehe erläuternder Bericht, S. 18), sind geeignete Massnahmen zu ergreifen, um missbräuchliche Zugriffe zu verhindern bzw. aufzudecken. Diese Massnahmen sind in den Grundzügen in der Grundbuchverordnung zu regeln.



Art. 34g Missbräuchliche Benützung und Entzug der Zugriffsberechtigung

Siehe Ausführungen zu Art. 34e Abs. 3 VE-GBV. Es sind Massnahmen zu ergreifen, um die missbräuchliche Verwendung der Grundstücksuche zu verhindern bzw. Missbräuche aufzudecken. Diese Massnahmen sind in den Grundzügen in der Grundbuchverordnung zu regeln.

Art. 34h Gebühren

Die Erhebung von Gebühren ist angebracht. Allerdings soll das EGBA diese nicht den Kantonen in Rechnung stellen, sondern direkt den Behörden, welche den Grundstücksuchdienst nutzen. Gründe dafür sind, dass nur das EGBA diese Behörden und die Zahl ihrer Abfragen aufgrund der Zugriffsprotokolle eruieren kann und dass die Behörden die Gebühren allenfalls weiterbelasten können (beispielsweise in Strafverfahren). Demzufolge ist keine „Gebühr des Kantons“ festzulegen, sondern eine Gebühr pro Abfrage, analog Terravis. Dabei erscheinen die vorgeschlagenen 2 Franken pro Abfrage als angemessen.

Art. 51 Abs. 1 lit. a

Gegen die Aufbewahrung von Ausweiskopien und schriftlichen Erklärungen nach Art. 51 Abs. 1 lit. a Ziff. 3 VE-GBV bestehen grundsätzlich keine Einwände. Gemäss Art. 28 Abs. 2 der geltenden GBV kann gewissen Personen im Abrufverfahren Zugriff auf die Belege gewährt werden. Die GBV unterscheidet nicht zwischen Hauptbelegen, also Verträgen, Grundbuchanmeldungen usw., und Unterbelegen (teilweise auch als Nebenbelege oder ähnlich bezeichnet). Unterbelege sind „Beilagen“ zu den Hauptbelegen. Ausweiskopien oder schriftliche Erklärungen nach Art. 51 Abs. 1 lit. a Ziff. 3 VE-GBV stellen Unterbelege dar. In diese sollte niemand im Abrufverfahren Einsicht erhalten. Mit Blick auf Art. 51 VE-GBV hat dies zu gelten, weil aus der schriftlichen Erklärung nach lit. a Ziff. 3 unter anderem die AHV-Nummer ersichtlich ist, die gerade nicht öffentlich ist und deshalb im Hauptbuch auch nicht erscheint. In vielen Kantonen, so auch in Appenzell Ausserrhoden, werden Haupt- und Unterbelege nicht separat gescannt. Wer also Zugriff auf die Belege hat, sieht alles. Solange dies nicht (evtl. technisch) geändert werden kann, sollte kein Zugriff auf die Belege gewährt werden. Es sollte daher geprüft werden, dies in der Grundbuchverordnung explizit vorzusehen, zumal seit dem 1. Juli 2020 nicht mehr nur Urkundspersonen ein erweiterter Zugang zu den Belegen gewährt werden kann.

Sodann ist in der Grundbuchverordnung explizit festzuschreiben, dass die AHV-Nummer "auf keinen Fall Eingang in öffentliche Urkunden finden darf". Die blosse Deklaration dieser Absicht im erläuternden Bericht (S. 22) ist ungenügend. Ausserdem muss auf geeignete Art und Weise sichergestellt werden, dass die AHV-Nummer keinen Eingang in öffentliche Urkunden findet. Die entsprechenden Massnahmen sind in den Grundzügen in der Verordnung zu regeln.

Dokumente, welche lediglich zur Identifizierung einer Person dienen und danach nicht mehr benötigt werden, sind zu vernichten. Nachdem die Grundbuchämter mit den neuen Bestimmungen des ZGB und dieses Verordnungsentwurfes derart weitgehende Befugnisse erhalten, um Grundeigentümer und weitere an Grundstücken berechnete Personen zu identifizieren, ist nicht ersichtlich, weshalb nach der Identifikation einer Person diese Dokumente noch benötigt würden. Mit Blick auf den datenschutzrechtlichen Grundsatz, wonach nicht mehr benötigte Daten zu vernichten sind, wäre die Aufhebung der bestehenden entsprechenden Verpflichtung bedenklich und nicht begründbar. Es ist deshalb davon abzusehen. Sollten die Dokumente nicht sofort nach der zweifelsfreien Identifizierung einer Person vernichtet werden, ist eine verhältnismässige Aufbewahrungsfrist vorzusehen.



3. Ergänzung der Vorlage

In einem Positionspapier vom 9. Dezember 2020 schlägt die Einfache Gesellschaft Terravis eine Anpassung von Art. 28 Abs. 1 GBV im Rahmen der vorliegenden Vorlage vor. Danach soll Vorsorgeeinrichtungen und damit insbesondere Pensionskassen der erweiterte Zugriff auf Daten des Hauptbuches nicht nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Hypothekengeschäft ermöglicht werden (heutiger Art. 28 Abs. 1 lit. b GBV), sondern neu auch für die Erfüllung ihrer Aufgaben in der Wohneigentumsförderung oder zur Sicherung des Vorsorgezwecks gemäss BVG. Eine entsprechende Ergänzung der GBV wird unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail:
egba@bj.admin.ch

Ihr Zeichen:

27. Januar 2020

Unser Zeichen: 2020.DIJ.6805

RRB Nr.: 88/2021

Direktion: Direktion für Inneres und Justiz

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Revision der Grundbuchverordnung: AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 14. Oktober 2020 und danken Ihnen für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur geplanten Revision abgeben zu können.

1. Vorbemerkung

Der Kanton Bern war in der Arbeitsgruppe vertreten, welche die obgenannte Revision erarbeitet hat, und hat seine Anliegen eingebracht. Dementsprechend begrüsst der Regierungsrat die vorgeschlagenen Änderungen der Grundbuchverordnung. Die Vorlage wird die noch nicht in Kraft getretenen Artikel 949b und 949c des Schweizerischen Zivilgesetzbuches in einer für den Kanton Bern mit vernünftigem Verwaltungsaufwand machbaren Art und Weise umsetzen.

2. Anträge zu den einzelnen Artikeln

2.1. *Zu Art. 23a des Entwurfes*

Wir begrüssen, dass die AHV-Nummer nicht direkt in das Hauptbuch aufgenommen wird, sondern in ein gesondertes Personenidentifikationsregister, dessen Einträge mit den Einträgen des Hauptbuches und anderer Register des Grundbuchs (wie Eigentümerregister und Gläubigerregister) verknüpft werden (Art. 23a Abs. 3 VE-GBV). Wir verstehen allerdings nicht, warum dies nicht auch für die Hilfsregister gelten, sondern in diesen die AHV-Nummer direkt verwendet werden können soll (Art. 23a Abs. 1 letzter Satz). Mit Blick auf die besonderen Anforderungen an den Schutz der AHV-Nummer bei deren systematischer Verwendung gemäss der von den eidgenössischen Räten am

18.12.2020 verabschiedeten Revision des AHVG (insbes. Art. 153d revAHVG, vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190057>) ist es angezeigt, die AHV-Nummer ausschliesslich im Personenidentifikationsregister zu führen und im Übrigen mit Verknüpfungen zu arbeiten. In Art. 23a Abs. 1 ist deshalb der zweite Satz zu streichen und stattdessen in Abs. 2 der zweite Satz zu ergänzen: «Sie können mit Einträgen anderer Register des Grundbuchs und mit Hilfsregistern verknüpft werden».

2.2. Zu Art. 34d Abs. 2 des Entwurfes

Art. 34d Abs. 2 VE-GBV ist dahingehend zu ergänzen, dass auch (bzw. vor allem) diejenigen Mitarbeitenden zu melden sind, die keinen Zugriff mehr haben sollen. Ohne diese Abmeldung beim EGBA würde einerseits der Kreis der zugriffsberechtigten Personen immer grösser, was unverhältnismässig wäre, andererseits hätten Personen Zugriff, welche dazu nicht mehr berechtigt sind.

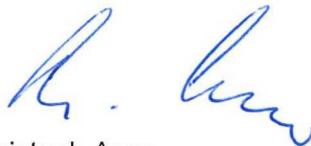
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Bau- und Verkehrsdirektion
- Finanzdirektion
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Datenschutzaufsichtsstelle

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern
egba@bj.admin.ch

Liestal, 26. Januar 2021

Vernehmlassung
zur Revision der Grundbuchverordnung (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Folgendes mit:

A. Grundsätzliche Bemerkungen

Die Einführung des Personenidentifikationsregisters und der landesweiten Grundstücksuche ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings geht aus den Erläuterungen zu wenig klar hervor, mit welchen finanziellen und personellen Auswirkungen der Kanton zu rechnen hat. So sollen Entwicklungskosten anfallen, weil die Grundbuchdaten ergänzt und die Grundbuchsoftware erweitert werden müssen. Zudem muss für die Zuordnung der AHV-Nummer mit einem nicht abschätzbaren Zusatz-Personalaufwand gerechnet werden. Im Grundbuch des Kantons Basel-Landschaft sind rund 300'000 natürliche Personen – davon etwa 10% mit Wohnsitz im Ausland – eingetragen. 75% der Einträge wurden bereits vor dem 1. Januar 2012 erfasst. Ferner wird nicht näher definiert, was unter einem «Mindestmass an technischem Support» zu verstehen ist, der durch die Kantone sichergestellt werden muss. Mit den zur Verfügung stehenden Informationen kann nicht eruiert werden, welche Investitionen der Kanton zu tätigen haben wird. Eine Kosten-Nutzenrechnung ist aufgrund der spärlichen Angaben nicht annähernd möglich. Dies wiegt umso schwerer, als für die Kantone ein überwiegender Nutzen namentlich einer zentral geordneten Grundstückabfrage aus heutiger Sicht nicht sichtbar wird. Zur Zeit sind vorwiegend die nicht abschätzbaren Aufwendungen zu erkennen.

Aus diesen Gründen sowie aufgrund diverser weiterer Aspekte (siehe die nachstehenden Ausführungen) kann der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft der Revisionsvorlage in der hier unterbreiteten Form nicht zustimmen.

B. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Revisionsentwurfs (VE-GBV)

Artikel 23a und 23d Artikel VE-GBV (Personenidentifikator im Grundbuch): Die Identifizierung ist mittels Zuordnung der AHV-Nummer nicht als Teil des Eintragungsverfahrens ausgestaltet. Entsprechend soll die Zuordnung der AHV-Nummer nicht im Hauptbuch festgehalten werden, sondern in einem eigens dafür zu schaffenden Hilfsregister, das jedoch mit dem jeweiligen Hauptbucheintrag in Bezug gesetzt ist. Die Vorlage sieht schliesslich vor, dass periodische Aktualisierungen der Angaben zur Person sowie insbesondere allfällige Korrekturen der AHV-Nummer, die von der zuständigen Behörde (Zentrale Ausgleichsstelle ZAS) vorgenommen werden, vom Grundbuchamt übernommen werden sollen – soweit automatisierbar sogar in automatisierter Form. Das Grundbuchamt soll dadurch stets über die aktuellsten Angaben zur jeweiligen Rechteinhaberin oder zum jeweiligen Rechteinhaber verfügen, ohne jedoch Änderungen am Eintrag im Hauptbuch vornehmen zu müssen. Unklar ist, ob diese Aktualisierungen nur im Personenidentifikationsregister ersichtlich sind oder ob sie aufgrund der Verknüpfung eine Änderung der Daten im Hauptbuch bewirken. Letzteres wäre mit dem Anmeldeprinzip nicht vereinbar, denn das Grundbuchamt nimmt Eintragungen in das Grundbuch nur auf Anmeldung hin vor¹.

Artikel 23b VE-GBV: Die Grundbuchämter sollen die AHV-Nummer sowie die Angaben zu den natürlichen Personen von einer verlässlichen Datenquelle erhalten (Zentrale Ausgleichsstelle ZAS als zuständige Stelle für die Zuweisung der AHV-Nummer). Dazu muss in den Grundbuchsystemen eine entsprechende Schnittstelle eingebaut werden, was Anpassungen der Grundbuchsoftware der Kantone erfordert. Eine weitere Softwareanpassung ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Datenmodell zu erweitern. Damit den Kantonen für diese Arbeiten genügend Zeit zur Verfügung steht, ist der Inkraftsetzungstermin der Verordnungsrevision zwingend mit ihnen abzusprechen.

Grundsätzlich begrüsst wird, dass die AHV-Nummer über andere Datenquellen abgefragt werden kann, die die ZAS ebenfalls als geeignet einstuft. Dies ermöglicht die Verwendung bereits bestehender Anbindungen an kantonale Datenbanken, bei denen die Verlässlichkeit gemäss den ZAS-Anforderungen gewährleistet ist. Die Anbindung an eine kantonale Datenbank wird die Zuordnung der AHV-Nummer jedoch nur für einen bestimmten Personenkreis (im Grundbuch eingetragene Einwohner/-innen des eigenen Kantons) ermöglichen. Von der ZAS werden zwar noch weitere registerführende Stellen als ausreichend sicher empfohlen. Auf den ersten Blick erscheint als Datenquelle jedoch keine der weiteren in Artikel 2 des Registerharmonisierungsgesetzes genannten Stellen in Frage zu kommen. Für die Kantone wird folglich die Schnittstelle zur ZAS unumgänglich sein.

¹ Artikel 963 ZGB in Verbindung mit Artikel 46 GBV. Siehe auch Basler Kommentar ZGB II-SCHMID, 6. Auflage 2019, Artikel 977 N 32

Artikel 23c und Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a VE-GBV: Die Ergänzungen in Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a werden begrüsst. Aufgrund der einzureichenden Belege ist davon auszugehen, dass bei neuen Grundbuchanmeldungen die Zuordnung der AHV-Nummer über die Schnittstelle ohne weitere Abklärungen durch das Grundbuchamt gelingen wird. Fraglich ist jedoch, wie es sich – wohl eher im seltenen Fall – verhält, wenn mit der Grundbuchanmeldung die Belege gemäss Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 2 oder 3 nicht eingereicht/nachgereicht werden. Denn gemäss Revisionsentwurf (Artikel 23c Absatz 6 VE-GBV in Verbindung mit Artikel 87 GBV) ist die Fortsetzung oder der Abschluss des Bearbeitungsverfahrens unabhängig von der Zuordnung der AHV-Nummer. Folglich würden die fehlenden Belege keinen Abweisungsgrund darstellen. Dies darf nicht dazu führen, dass das Grundbuchamt von Amtes wegen Abklärungen zu treffen hat. Die anmeldende Person muss angehalten werden können, die fehlenden Unterlagen einzureichen.

Bei einer bevorstehenden Grundbuchanmeldung haben Personen, die noch über keine AHV-Nummer verfügen, eine solche selbst vorgängig zu beantragen und den entsprechenden Beleg der Anmeldung beizulegen. Die Anwendung von Artikel 23c Absatz 4 VE-GBV sehen wir daher einzig im Zusammenhang mit den bereits erfassten Personen, bei denen gestützt auf Artikel 164a Absatz 4 VE-GBV die Zuordnung der AHV-Nummer nicht vorgenommen werden kann.

Artikel 164a VE-GBV: Damit ein erfolgreicher Abgleich mit dem gesamten ZAS-Datenbestand im Rahmen des Standardverfahrens stattfinden kann (Artikel 164a Absatz 2 VE-GBV), muss unter anderem eine vorgängige umfassende Bereinigung der bereits im Grundbuch eingetragenen Daten natürlicher Personen vorgenommen werden. So sind allfällige Mehrfacherfassungen von Rechtsinhaberinnen und Rechtsinhabern beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Schreibweise der Personenangaben derselben Person vorgängig zu beseitigen. Diese Arbeiten können nicht ohne Weiteres neben dem Tagesgeschäft des Grundbuchamts erledigt werden. Die statuierte Jahresfrist, innert der die erste Übermittlung des gesamten Datenbestands zu erfolgen hat, erachten wir als zu kurz. Daher stellen wir folgenden

Antrag: *Festsetzung der Frist gemäss Artikel 164a Absatz 2 auf drei Jahre.*

Die Erläuterungen weisen zu Recht darauf hin, dass der Aufwand bei der Zuordnung der AHV-Nummer von der Qualität, der Vollständigkeit und der Aktualität der im Hauptbuch eingetragenen Angaben abhängt. Weniger aktuell gehaltene Daten werden tendenziell einen grösseren Aufwand generieren, weil die Grundbuchämter öfter Zusatzabklärungen vornehmen müssen. Daher macht eine zeitliche Staffelung, innert der die Zuordnung der AHV-Nummer zu erfolgen hat, grundsätzlich Sinn. Wie erwähnt sind 75% der im Grundbuch Basel-Landschaft eingetragenen natürlichen Personen schon vor dem 1. Januar 2012 erfasst worden. Somit wird mit einem erheblichen Abklärungsaufwand gerechnet, weshalb unseres Erachtens die Fristen im Absatz 5 zu knapp bemessen worden sind. Aus diesem Grund stellen wir den

Antrag: Neuformulierung der Buchstaben a bis c von Absatz 5 wie folgt:

⁵ Die Kantone sorgen dafür, dass den im Hauptbuch bereits eingetragenen natürlichen Personen die AHV-Nummer innert folgenden Fristen zugeordnet wird:

- a. den Personen, die seit dem 1. Januar 2012 in das Hauptbuch eingetragen worden sind: innert vier Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom [...];
- b. den Personen, die zwischen dem 1. Januar 1948 und dem 31. Dezember 2011 in das Hauptbuch eingetragen worden sind: innert sieben Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom [...];
- c. den Personen, die vor dem 1. Januar 1948 in das Hauptbuch eingetragen worden sind: innert zehn Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom [...].

Landesweite Grundstücksuche: Dieses Instrument ist eigentlich Gegenstand der «Öffentlichkeit des Grundbuchs», folglich wären die Artikel 34a ff. VE-GBV gesetzssystematisch in einem neuen Abschnitt von Kapitel 6 einzuordnen.

Der Verweis in Artikel 34a VE-GBV auf Artikel 90 Absatz 1 GBV sollte auf die Buchstaben a und b beschränkt werden, denn Buchstabe c bezieht sich auf Gemeinschaften und nicht auf Personen.

Übermässige Abfragelasten sind möglichst zu vermeiden oder zu minimieren, damit bei den kantonalen Serverinfrastrukturen keine technischen Probleme entstehen und der Aufwand des von Artikel 34c Absatz 2 VE-GBV geforderten technischen Supports durch die Kantone möglichst gering gehalten werden kann. Ob dies durch den Suchindex, wie in den Erläuterungen zu Artikel 34b VE-GBV beschrieben wird, erreicht werden kann, wird sich mit der Zeit zeigen.

Die Aktualisierungslieferungen sollen gemäss Artikel 34c Absatz 3 Buchstabe b VE-GBV einmal täglich, soweit automatisierbar, in automatisierbarer Form erfolgen. Letzteres muss jedoch Bedingung sein für die Inbetriebnahme der Plattform.

Dass das Eidgenössische Grundbuchamt EGBA zentral über die Zugriffsberechtigung entscheidet (Artikel 34d VE-GBV), erscheint zielführend. Der Grundstücksuchdienst soll nur als Triage-System aufgebaut werden und lediglich den Charakter einer Hilfe zur Amtshilfe haben. Benötigt die Behörde zur Erfüllung ihrer spezifischen gesetzlichen Aufgabe detailliertere Angaben zur Rechteinhaberschaft oder sogar einen (beglaubigten) Grundbuchauszug, soll sie über die bestehenden Informationssysteme darum ersuchen respektive beim zuständigen Grundbuchamt ein entsprechendes Gesuch einreichen. Im Hinblick auf solche Anfragen bei den Grundbuchämtern und im Sinne der Transparenz ist den Kantonen beziehungsweise den Grundbuchämtern offenzulegen, welche Behörden in welchem Umfang Zugriff erhalten.

Die Vernehmlassungsvorlage sieht ferner vor, dass das EGBA von den Kantonen für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes eine auf die Nutzungszahlen des Vorjahres gestützte, jährliche Gebühr erhebt (Artikel 34h VE-GBV). Dieses Modell der Gebührenerhebung lehnen wir ab. Einerseits würde es gegen das Prinzip der Kostentransparenz verstossen, andererseits verunmöglicht es jede Weiterverrechnung der Kosten (so dass allenfalls fremdverursachte Kosten von der

Staatskasse getragen werden müssten) beziehungsweise deren korrekte Belastung in der Betriebsbuchhaltung der Kantone. Die Gebühren sind daher pro Suchanfrage auszuweisen und der jeweiligen kantonalen oder kommunalen Behörde zeitnah in Rechnung zu stellen.

Unsere Bemerkungen zu Artikel 164a Absatz 2 VE-GBV gelten sinngemäss auch für die Übermittlung des gesamten Datenbestands nach Artikel 34b Absatz 4 VE-GBV an den Suchindex des Grundstücksuchdienstes. Daher stellen wir – analog zu Artikel 164a Absatz 2 VE-GBV – folgenden

Antrag: *Festsetzung der Frist gemäss Artikel 164b Absatz 2 auf drei Jahre.*

Abschliessend hoffen wir, Ihnen mit unseren Hinweisen dienen zu können, und danken für eine wohlwollende Prüfung unserer Anträge.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Email:
egba@bj.admin.ch

Basel, 20. Januar 2021

Regierungsratsbeschluss vom 19. Januar 2021

Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 laden Sie uns ein, zur Revision der Grundbuchverordnung Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir haben den Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt zum Mitbericht eingeladen. Er begrüsst die Revision und ihre Umsetzung aus datenschutzrechtlicher Sicht. Generell können wir Ihnen mitteilen, dass die Revision und ihre Umsetzung begrüsst werden. Zur Ausgestaltung der einzelnen Bestimmungen haben wir die folgenden Bemerkungen und Anliegen.

1. Inhalt der Revision

Die Revision der Grundbuchverordnung (GBV) hat zum Ziel, in Umsetzung von Art. 949b und 949c ZGB die AHV-Nummer als Personenidentifikator im Grundbuch zu führen und einen Grundstücksuchdienst einzurichten, um berechtigten Behörden die landesweite Grundstücksuche zu ermöglichen.

2. Kritische Punkte der aktuellen Revision

2.1 Zur Umsetzung von Art. 949b und c ZGB in der GBV

Die Bestimmungen sehen die Verwendung der AHV-Versichertennummer (AHVN) zur Personenidentifikation vor und beauftragen den Bundesrat, die landesweite Grundstücksuche durch berechnete Behörden zu regeln. In einigen Punkten haben die vorgeschlagenen Bestimmungen in der GBV negative Auswirkungen auf die Kantone und werden durch das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) kritisch beurteilt. Diese Punkte werden im Folgenden ausgeführt.

2.2 **Zusätzlicher Aufwand für Grundbücher**

Die Zuordnung der AHVN zu Personen mit Rechten an Grundstücken ist in Art. 949b ZGB unzweifelhaft vorgesehen. Das Parlament hat den Weg dafür bereitet, die in den Grundbüchern gesammelten Personendaten durch Verknüpfung mit der AHVN einer weiteren Verwendung zuführen zu können. Zu Recht bezeichnet der erläuternde Bericht vom 4. September 2020 zur Revision die vorgesehene Art der Zusammenarbeit zwischen Grundbüchern und der Zentralen Ausgleichsstelle deshalb als eher atypisch (Bericht S. 12 zu Art. 23c).

Nicht zu vernachlässigen ist jedoch der dadurch für die Grundbücher entstehende Mehraufwand. Die Zuordnung der AHVN dient nicht allein der unzweifelhaften Identifikation der berechtigten Personen, diese können bereits heute anhand von Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Heimatort oder Staatsangehörigkeit eindeutig identifiziert werden. Künftig haben die Parteien zusätzlich zu einer Pass- oder ID-Kopie eine Kopie ihres AHV-Ausweises oder eine schriftliche Erklärung mit der AHVN einzureichen (Art. 51 Abs. 1 lit. a, Bericht S. 22). Dies wird dazu führen, dass angemeldete Geschäfte häufiger nachgebessert und die erforderlichen Unterlagen nachverlangt werden müssen. Dies stellt für die Grundbücher unattraktive Arbeit dar und ist der Kundschaft schwer zu vermitteln, ist doch eine Person durch eine Passkopie bereits hinreichend identifizierbar.

Es würde genügen, müssten die Grundbücher die zusätzlichen Unterlagen nicht in jedem Fall einverlangen, sondern nur in Zweifelsfällen. Die Grundbücher würden die Unterlagen dann einverlangen, wenn die Zuordnung der AHVN zur Person nicht zweifelsfrei möglich ist.

Weiter entsteht für die Kantone zusätzlicher Aufwand durch die notwendigen Anpassungen der elektronischen Grundbuchapplikationen. Es müssen Schnittstellen zur Zentralen Ausgleichsstelle für die Zuordnung der AHVN sowie für die periodischen Übernahmen von Mutationsmeldungen geschaffen werden. Die Mutationsmeldungen sind zudem vor Übernahme ins Personenidentifikationsregister durch die Grundbücher noch zu prüfen (Art. 23c und d). Ebenfalls erforderlich werden neue Schnittstellen zum Suchindex des Grundstücksuchsystems und der täglichen Aktualisierungslieferungen (Art. 34c).

Dieser zusätzliche Aufwand fällt umso mehr ins Gewicht, als mit dem neuen Grundstücksuchsystem die bestehenden kantonalen Informationssysteme konkurrenziert werden und zu Mindereinnahmen der Kantone führen.

2.3 **Konkurrenz zwischen landesweiter Grundstücksuche und kantonalen Informationssystemen**

Ziel von Art. 949c ZGB ist in erster Linie, berechtigten Behörden die Suche nach Grundeigentum von Personen zu erleichtern. Mit der landesweiten Suchmöglichkeit sind sie nicht mehr gezwungen, bei den einzelnen Grundbüchern abfragen zu müssen.

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu Art. 949c ZGB wurde angeregt, eine Suche nicht nur nach Eigentümerinnen und Eigentümern, sondern auch nach Dienstbarkeitsberechtigten und Grundpfandgläubigerinnen und Grundpfandgläubigern vorzusehen. Die Gesetzesvorlage ist in der Folge weiter formuliert worden und umfasst Personen, denen Rechte an Grundstücken zustehen. Laut Botschaft mag «in gewissen Fällen [...] etwa die Frage, ob einer Person ein Grundpfandrecht zusteht, von Bedeutung sein» (BBl 2014 3578). Diese Einschränkung kommt in der vorgeschlagenen Revision zu wenig zum Ausdruck.

Die neuen Bestimmungen sehen vor, dass ein über die Eigentumsauskunft hinausgehender Zugriff auf alle im Hauptbuch enthaltenen Informationen durch das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) erteilt werden kann, wenn die berechtigten Behörden sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen. Damit konkurrenziert die Grundstücksuche des Bundes die kantonalen Informationssysteme, die bereits heute den berechtigten Personen erweiterten Zugriff auf Grundbuchdaten gewähren.

Diese Konkurrenz ist zu vermeiden. Laut Bericht werden «bestehende Informationssysteme [...] durch die landesweite Grundstücksuche jedoch nicht ersetzt, sondern ergänzt» (S. 12). Der Grundstücksuchdienst soll eine Triagefunktion haben, um breit gestreute Anfragen vermeiden zu können. Ergibt die landesweite Suche Treffer, können die Grundbücher gezielt abgefragt werden.

Die Zugriffsmöglichkeiten in Art. 34e Abs. 2 lit. b und Abs. 4 lit. d Ziff. 2-5 sind deshalb entweder ganz zu streichen oder nur als absolute Ausnahme zu gewähren.

Nicht nur zum Schutz der kantonalen Informationssysteme ist der Gegenstand der Grundstücksuche regelmässig auf das Eigentum zu beschränken, respektive auf die öffentlich zugänglichen Informationen. Auch der gemäss Art. 26 Abs. 2 GBV geltende Grundsatz, dass Auskünfte grundstücksbezogen und nicht personenbezogen zu erteilen sind, gebietet, den Detaillierungsgrad der abgerufenen Informationen gering zu halten. Die Kantone sind verpflichtet, ihre Grundbücher vor Serienabfragen zu schützen und müssen dies auch überprüfen. Die neue Grundstücksuche stellt nun jedoch die Umkehr dieses Grundsatzes dar. Es kann nicht Absicht des Gesetzgebers sein, den Grundbüchern Einschränkungen bei Abfragen durch Berechtigte aufzuerlegen und gleichzeitig auf Bundesebene ein Suchsystem einzurichten, mit dem ein Teil genau dieser Berechtigten, die berechtigten Behörden, ohne Einschränkungen Abfragen sämtlicher Grundbücher möglich sind. Berechtigte Behörden würden auf den erweiterten Zugriff auf die einzelnen Grundbücher, auch aus dem eigenen Kanton, verzichten und sich damit nicht mehr auf die verbindlichen Originaldaten, sondern auf kaskadierte, schlimmstenfalls auf kopierte Dateninhalte stützen. Gleichzeitig würden die Sicherheitsmassnahmen der Grundbücher zur Überprüfung der bestimmungsgemässen Nutzung des erweiterten Zugriffs auf ihre Daten obsolet, resp. verkämen zu einer nutzlosen Übung.

Zusätzlich sieht die Revision eine rigide Supportverpflichtung der Kantone vor. Gemäss Art. 34c Abs. 2 stellen die Kantone den technischen Support während den Öffnungszeiten ihrer Grundbuchämter sicher (Bericht S. 17). Diese Formulierung ist zu absolut. Ausserhalb der Öffnungszeiten des Grundbuchs fällt eine Supportpflicht von vornherein ausser Betracht. Während der Öffnungszeiten bestimmen die betrieblichen Möglichkeiten den Umfang des Supports. Da diese Pflicht bereits aus Abs. 1 folgt, wonach die Kantone dem Suchdienst über eine Schnittstelle Zugang zu ihren rechtswirksamen Daten des Hauptbuchs zu gewähren haben, kann Abs. 2 gestrichen werden.

2.4 Protokollierung der Abfragen und Missbrauch der Zugriffsberechtigung

Bei der Grundstücksuche werden Daten der Grundbücher abgefragt. Obwohl diese Datenherrinnen sind, sieht Art. 34f keine Weitergabe der Protokolle über die Abfragen an die Kantone vor. Auch bei missbräuchlicher Benützung des Grundstücksuchdienstes ist in Art. 34g keine Meldung im Verdachtsfall an die betroffenen Kantone vorgesehen. Der Bericht ist in diesen Punkten aus kantonaler Sicht zu vage formuliert. Die Protokolle sind den Kantonen zuzustellen und Missbrauchsverdachtsfälle den Kantonen zu melden.

3. Zusammenfassende Änderungsanträge des Kantons Basel-Stadt

Zusammenfassend ergeben sich aus obiger Würdigung der kritischen Revisionspunkte nachfolgende Änderungsanträge des Kantons Basel-Stadt an der Revision der Grundbuchverordnung:

1. Änderung von Art. 51 Abs. 1 lit. a Ziff. 2 durch Einfügen «Zusätzlich kann [eine Kopie des Versicherungsausweises oder eine schriftliche Erklärung] einverlangt werden».
2. Art. 34 Abs. 2 lit. c streichen. Keine ausdrückliche Regelung der Supportpflicht.
3. Streichung von Art. 34e Abs. 2 lit. b und Abs. 4 lit. d Ziff. 2-5 oder Einschränkung durch Einfügen «in begründeten Ausnahmefällen».
4. Ergänzung von Art. 34f um einen Absatz: «Die Zugriffe auf die eigenen Daten sind den Kantonen durch das EGBA zuzustellen».
5. Ergänzung von Art. 34g durch Einfügen nach «so»: «meldet das EGBA dies dem betroffenen Kanton und ...».

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Änderungsvorschläge. Bei Rückfragen stehen Ihnen folgende Ansprechpersonen gerne zur Verfügung:

Herr Simon Rolli, Leiter Grundbuch- und Vermessungsamt, Tel. 061 267 91 47, Mail simon.rolli@bs.ch oder

Frau Annatina Wirz, Leiterin Grundbuch, Tel. 061 267 92 84, Mail annatina.wirz@bs.ch.

An dieser Stelle danken wir Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an

- Datenschutzbeauftragter des Kantons Basel-Stadt, Prof. Dr. Beat Rudin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police
Office fédéral chargé du droit du registre
foncier et du droit foncier
Bundesrain 20
3003 Berne

Courriel : egba@bj.admin.ch

Fribourg, le 26 janvier 2021

Révision de l'ordonnance sur le registre foncier. Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays

Madame, Monsieur,

Le 14 octobre 2020, le Département fédéral de justice et police a mis en consultation le projet de révision de l'ordonnance mentionné en titre. Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous faisons part des remarques suivantes concernant les dispositions de ce projet.

En général

Nous formulons certaines réserves quant à l'étendue des compétences attribuées par le projet de révision à l'Office fédéral du registre foncier. Par ailleurs, nous sommes d'avis que la répartition des coûts et les délais transitoires prévus pour la mise en œuvre nécessitent une réflexion plus approfondie.

Article 23e

Ainsi que le précise le rapport explicatif accompagnant le projet d'ordonnance mis en consultation, les nouvelles règles nécessiteront certaines adaptations des logiciels cantonaux. Le soutien financier de la Confédération prévu à cet égard devrait être suffisant pour permettre aux cantons de faire faces aux coûts qui en découleront.

Article 34a

Le projet mis en consultation devrait énoncer certains critères ou définitions permettant de déterminer quelles sont les autorités habilitées à accéder aux données visées.

Article 34b

Nous ne sommes pas favorables à cette disposition. Si elle était adoptée, le registre foncier, en tant que maître du fichier, perdrait la maîtrise de l'accès de ses données. Il s'agit d'une perte d'indépendance de la compétence cantonale.

Il en résulterait également des incohérences législatives au niveau des droits d'accès (par ex. une personne pourrait obtenir des informations relatives à des gages immobiliers sur un immeuble via le service de recherche d'immeubles sur tout le pays et pourrait se voir refuser, par le registre foncier compétent, la délivrance d'un extrait officiel en application de la législation cantonale).

En outre, se pose la question de savoir comment est réglé l'enregistrement des consultations au sens de l'article 30 ORF en cas de demande d'un propriétaire portant sur les personnes ayant eu accès à ses données.

Article 34c

La transmission de l'intégralité des données ne nous semble pas nécessaire. Cela dit, il conviendrait de préciser ce qui est entendu par "intégralité". S'agit-il de l'entier des données du grand livre ou des données correspondantes au chargement initial de l'index de recherche ?

Article 34e

Vu le but de cette révision, qui est de faciliter la recherche d'immeubles (d'une personne inscrite au registre foncier) à toute la Suisse pour un cercle d'utilisateurs déterminés, nous nous étonnons qu'il soit prévu de donner des accès élargis à certains utilisateurs. Nous proposons donc la suppression des alinéas 3 let. b et 4 let. d. Nous sommes d'avis que les autorités souhaitant obtenir des compléments d'information (désignation du droit sous forme de servitude, charge foncière, gage immobilier ou annotation) devraient s'adresser directement aux registres fonciers compétents pour la délivrance des extraits.

Si l'alinéa 4 let. d ch. 5 n'est pas supprimé, il devrait être corrigé avec le mot "annotation" au lieu de "droit annoté" dans la version française et avec le mot "Vormerkung" au lieu "vorgemerkttes Recht" dans la version allemande.

Article 34f

L'obligation de renseigner les propriétaires devrait être indiquée/clarifiée dans cette disposition car il existe une contradiction avec l'article 30 ORF. Il faudrait éventuellement prévoir un accès pour le registre foncier au « fichier journal » de l'OFRF le concernant.

Article 34h

Nous estimons qu'aucun émolument ne devrait être facturé auprès des cantons pour les raisons suivantes :

- > Le registre foncier doit transmettre ses données gratuitement ;
- > Le registre foncier (en tant que maître du fichier) assume la responsabilité de la conformité des inscriptions ;
- > Les coûts de la maintenance des interfaces (avec la Cdc et l'IPDRF) sont supportés par le canton qui doit également assumer la responsabilité de la qualité des données et la surveillance de fonctionnement du système ;
- > Aucun contrôle des factures n'est possible.

Si malgré tout, des émoluments devaient être perçus, la facture devrait être directement adressée à l'autorité qui a utilisé la prestation.

Par ailleurs, les cantons ne doivent pas supporter les coûts des frais d'exploitation du service

Article 51 al. 1 let. a

Il conviendrait de préciser les explications du rapport explicatif relatives à la suppression de la dernière partie de cette disposition, portant sur la destruction de la copie du passeport ou de la carte d'identité après enregistrement des données personnelles. Si la modification entre en vigueur, les registres fonciers auront-ils la possibilité de détruire ces pièces s'ils estiment qu'il n'est pas nécessaire de les conserver ?

Au chiffre 2, il conviendrait de préciser que la copie du certificat déposée doit être celle du certificat actuel.

La formulation de cette disposition devrait être clarifiée, de manière à préciser si les conditions mentionnées aux chiffres 1 à 3 sont cumulatives ou alternatives.

Articles 164a et 164b

Les délais de mise en œuvre prévus par ces dispositions sont trop brefs au vu des conditions matérielles à prendre en considération (ressources humaines, état des systèmes et budgets).

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Prise de position du canton de Genève relative à la procédure de consultation fédérale sur la révision de l'ordonnance sur le registre foncier - Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays

Chapitre 4a Identification des personnes physiques titulaires de droits immobiliers grâce au numéro AVS

Article 23a alinéa 1

Les cantons devraient être libres de déterminer s'ils entendent créer un nouveau registre des identifiants de personnes ou adapter un registre existant en fonction des coûts d'adaptation de leurs systèmes d'information et des modifications d'ordre organisationnel en résultant.

Article 23a alinéa 3

lettre a : le "*registre des identifiants de personnes*" devrait, en outre, contenir le nom de célibataire, celui-ci constituant une donnée fondamentale pour identifier une personne physique

L'article 90 alinéa 1 lettre a de l'ordonnance sur le registre foncier (ORF) devrait également être modifié en ce sens.

N.B. Ces remarques valent pour tous les articles faisant référence à l'article 90 alinéa 1 lettre a ORF.

Article 23c alinéa 5

Il paraîtrait utile de clarifier la notion de "*remarque*", afin de savoir s'il s'agit d'une mention, d'une observation, d'une simple information sans effet juridique ou d'une note interne.

Article 23d

A teneur de l'article projeté, l'office du registre foncier devrait, conformément à l'article 134quinquies alinéa 2 RAVS, reprendre systématiquement de la CdC (ou d'une autre source agréée), non seulement les numéros AVS mais également les autres données personnelles dans le registre des identifiants de personnes.

Or il convient de souligner que le projet de modification de la LAVS, actuellement au Conseil national, n'impose que la correction des numéros AVS.

En outre, la reprise systématique des données telle que mentionnée ci-dessus risquerait de substituer des données moins à jour que celles enregistrées lors du traitement des réquisitions.

Cela risquerait par ailleurs d'entraîner des divergences entre les données du registre précité et celles du grand livre, ce qui complexifierait les tâches relevant de la tenue et/ou de la publicité du registre foncier.

L'obligation de correction ne devrait donc porter, comme prévu par le projet de modification de la LAVS, que sur le numéro AVS et non sur les attributs personnels.

Au surplus, cette disposition contient une "faute de plume" en énonçant que l'office du registre foncier "*reprend du registre*" au lieu de "*dans le registre*".

Article 23e

Afin de faciliter la compréhension du projet de modification de l'ORF, il aurait été opportun de soumettre ledit projet en même temps que celui concernant les modalités techniques (OTRF).

Pour le surplus, il est renvoyé aux remarques concernant les délais indiquées dans les dispositions transitoires (art. 164a et b ORF).

Chapitre 6a Recherche d'immeubles sur tout le pays par les autorités habilitées

Article 34a

Voir remarques formulées ad article 34d.

Article 34b

Le principe d'une gestion du service de recherche par l'OFRF (cf. alinéa 1) peut être admis, nonobstant le fait qu'une telle attribution outrepassse, comme cela résulte implicitement du rapport explicatif, le cadre de la délégation conférée au Conseil fédéral pour déterminer les modalités d'exécution des articles 949 b et c CCS.

Nous nous interrogeons toutefois sur l'utilité réelle du service projeté. En effet, seules les données du grand livre ayant des effets juridiques sont censées être communiquées aux utilisateurs, à l'exclusion de toute information sur l'existence d'éventuelles affaires pendantes, et lesdites données ne font l'objet, selon le rapport susmentionné, d'aucune certification.

Nous nous interrogeons également sur l'utilité de la création d'un index de recherches, nécessitant la transmission de données à la Confédération, non prévue lors de la présentation du projet de révision de l'ORF.

Une telle utilité est, en effet, fondée sur la prémisse que les systèmes cantonaux devraient gérer environ 22 millions de requêtes mensuelles et que, par conséquent, les serveurs cantonaux encourraient un risque de surcharge.

Or, si l'on s'en tient aux demandes de renseignements formulées auprès de l'office du registre foncier genevois, lesquelles émanent quasi exclusivement d'autorités fédérales, l'on ne peut que douter du bien-fondé de cette supputation.

Article 34c

alinéa 4

Il est important, comme prévu dans la présente disposition, de laisser aux cantons le choix entre une transmission cryptée ou non des données.

Article 34d

Par le biais d'une telle disposition, la Confédération s'arrogerait le pouvoir de déterminer les autorités habilitées à accéder au service de recherche et de fixer l'étendue de leurs droits d'accès, sans même réserver un droit de contrôle aux cantons, ce qui empièterait manifestement sur les compétences cantonales.

Le risque de décisions divergentes ne pourrait, de surcroît, être évité, l'intérêt d'une autorité à obtenir un extrait certifié pouvant être dénié par l'office du registre foncier compétent, alors même que ladite autorité aurait été autorisée à consulter ce service.

Aussi, pour assurer le respect des compétences cantonales, tout en garantissant une gestion uniforme des droits d'accès, il faudrait prévoir une solution consistant en l'élaboration, d'entente entre la Confédération et les cantons, d'un concept de gestion portant sur la détermination des autorités et l'étendue de leurs droits.

Toute modification de ce concept devrait bien évidemment également être soumise à l'approbation des cantons et une liste des collaborateurs autorisés, accessible aux cantons, devrait par ailleurs être établie.

Article 34e alinéa 3

Voir commentaires de l'article 34d ci-dessus.

Article 34f

alinéa 1

Nous ne pouvons que nous étonner du fait qu'un droit d'accès des cantons aux fichiers journaux ne soit pas prévu, alors que les demandes de consultation porteront uniquement sur des données leur appartenant. Il y a donc une lacune qu'il convient de combler.

alinéa 2

Nous sommes d'avis que les fichiers journaux devraient également contenir des données relatives au type de recherches effectuées, afin de savoir si ces dernières se font par le biais d'un accès de base ou d'un accès élargi au sens de l'article 34e alinéa 3.

Article 34h

Telle que projetée, la réglementation relative aux émoluments ne saurait être approuvée.

En effet, les cantons ne devraient pas être tenus de :

- supporter (sous réserve du montant de CHF 60'000.- versé par système de tenue du registre foncier) l'intégralité des coûts de développement et maintenance des interfaces entre leur système d'information et la CdC, respectivement le service national de recherches, ainsi que ceux liés à l'assistance technique à fournir et aux investigations supplémentaires à effectuer dans le cadre ou après clôture de la procédure d'inscription,
- transmettre gratuitement des données à la Confédération,
- et payer des émoluments pour l'utilisation, a priori davantage pour des besoins fédéraux qu'intercantonaux, de leurs propres données !

Il conviendrait donc d'ajouter des dispositions obligeant d'une part les autorités fédérales à régler des émoluments pour leurs propres consultations, d'autre part l'OFRF à rétrocéder la moitié (ou autre proportion équitable) de tous les émoluments aux cantons, à parts égales (un tel procédé s'inscrivant dans l'esprit de l'Ordonnance générale sur les émoluments à laquelle l'alinéa 6 renvoie).

Nous proposons par ailleurs, de ce fait, les modifications suivantes :

alinéa 1

Cet alinéa devrait être modifié comme suit "*l'ORF perçoit auprès des autorités utilisatrices des émoluments annuels pour l'utilisation du service de recherche d'immeubles*", lesdites autorités disposant chacune de leur propre budget.

alinéa 2

Tenant compte des remarques ci-dessus, la formule devrait être modifiée comme suit:

Emolument de l'autorité utilisatrice = coût global annuel $\cdot \left(\frac{\text{nombre de recherches de l'autorité utilisatrice}}{\text{nombre total de recherches}} \right)$

alinéa 5

Cette disposition devrait être supprimée, le rapport explicatif ne précisant pas le type de situation pouvant justifier des conventions spécifiques.

Articles 164a alinéa 2, 164b alinéa 1 et 164 c

Vu les retards déjà enregistrés dans la mise en œuvre de ce projet, notamment du fait de la crise sanitaire, le délai imparti pour la transmission initiale des données à la CdC, soit dans l'année suivant l'entrée en vigueur de la révision de l'ORF, n'apparaît guère réaliste.

Dans sa lettre du 14 octobre 2020, l'OFJ a certes précisé que la mise en vigueur ne devrait pas intervenir avant janvier 2023 au plus tôt, mais a aussi relevé que le délai précédemment fixé à fin 2021 pour l'adoption de la révision et l'implémentation, dans les systèmes cantonaux, des adaptations nécessaires demeurerait inchangé.

Une telle implémentation ne pouvant, sous peine de non-conformité légale, intervenir avant l'adoption non seulement de la modification de l'ORF, mais aussi de celle projetée de l'OTRF pour le règlement des modalités techniques, le délai de transmission des données doit, à tout le moins, être prolongé d'un an, l'allocation du budget (en l'état non défini) nécessaire à l'acquisition de nouvelles fonctionnalités, de même que le développement et les tests desdites fonctionnalités prenant un temps assez conséquent.

Article 164a alinéa 5

Vu les remarques ci-dessus, il conviendrait également de décaler d'un an tous les délais stipulés sous lettres a, b et c.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Glarus, 5. Januar 2021
Unsere Ref: 2020-201

Vernehmlassung zur Revision der Grundbuchverordnung; AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

In Umsetzung von Artikel 949b ZGB (Personenidentifikator im Grundbuch) sollen im Grundbuch erfasste Personen künftig grundsätzlich mittels AHV-Nummer identifiziert werden. Die Vorlage konkretisiert die Vorgehensweise der Grundbuchämter bei der Zuordnung der AHV-Nummer sowie die Einzelheiten des Verfahrens. Der zweite Punkt in der Vorlage betrifft die landesweite Grundstücksuche nach Artikel 949c ZGB. Hierzu soll zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe ein Zugang zur Information, ob und welche Rechte einer bestimmten Person an Grundstücken zustehen, gewährleistet werden.

1. Identifikation von natürlichen Personen mit Rechten an Grundstücken durch Zuordnung der AHV-Nummer

Die Führung von AHV-Nummern als Personenidentifikator im Grundbuch wird als wirkungsvolle Massnahme zur eindeutigen Bezeichnung und Identifikation der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber empfunden.

Nach Artikel 23a VE-GBV wird im Personenidentifikationsregister des informatisierten Grundbuches jeder natürlichen Person ihre AHV Nummer zugeordnet, wobei die Verwendung der AHV-Nummer in Hilfsregistern ausdrücklich zulässig ist. Die Einträge im Personenidentifikationsregister werden mit den entsprechenden Einträgen im Hauptbuch verknüpft und können auch mit Einträgen anderer Register des Grundbuches verknüpft werden. Diesem Umstand muss auch im 3. Kapitel der Grundbuchverordnung, in Artikel 8 GBV, dergestalt Rechnung getragen werden, dass diese Vorschrift mit Blick auf die genannten Erweiterungen, zusätzlich zu den im VE-GBV aufgelisteten Änderungen, inhaltlich zu ergänzen ist.

In Artikel 28 GBV wird die Möglichkeit eröffnet, dass auf Kantonsebene vorgesehen werden kann, dass die Daten des Hauptbuchs, des Tagebuchs und der Hilfsregister bestimmten Personen und Behörden ohne Interessennachweis im Einzelfall elektronisch zugänglich gemacht werden. Wenn aber andererseits die AHV-Nummer gemäss Artikel 23a VE-GBV in

anderen Hilfsregistern, wie zum Beispiel dem Personenidentifikationsregister ausdrücklich verwendet werden kann, laufen die Angestellten des Grundbuchamts Gefahr, durch Zulassung des Zugangs zu den Hilfsregistern nach Artikel 28 GBV unbewusst die Versichertennummer systematisch zu verwenden und damit ein Vergehen nach Artikel 87 AHVG zu begehen. In diesem Zusammenhang sollte man die in Artikel 23a VE-GBV eröffnete Möglichkeit, die AHV-Nummer auch in Hilfsregistern verwenden zu können, nochmals auf den Prüfstand stellen und gegebenenfalls streichen.

In Zusammenhang mit der Identifikation von natürlichen Personen mit Rechten an Grundstücken durch Zuordnung der AHV-Nummer wurden in Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a VE-GBA die Regelungen zu den Anmeldebelegen angepasst. Besonders begrüsst wird in diesem Zusammenhang die Streichung des letzten Teilsatzes von Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a GBV. Um die Identität der Berechtigten möglichst zweifelsfrei und verlässlich festzustellen und gegebenenfalls auch nachträglich noch überprüfen zu können, ist es sinnvoll, die im Zusammenhang mit der Eintragung vorgelegten Ausweiskopien nicht zu vernichten. Dies ist im Sinne der angestrebten maximalen Rechtssicherheit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Eintragungen im Grundbuch. Datenschutzrechtliche Interessen sind in diesem Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zu Recht als nachrangig eingestuft worden.

2. Einrichtung einer landesweiten Grundstückssuche durch den Bund

Die Einrichtung einer landesweiten Grundstückssuche durch den Bund wird als sinnvolles Instrument gesehen, um die Behörden bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu unterstützen.

In Artikel 34 d VE-GBV wird die «Zugriffsberechtigung im Allgemeinen» geregelt und Artikel 34f VE-GBV befasst sich mit der «Aufzeichnung der Abfragen und Auskunftsrechte». Um Missbrauch zu verhindern ist es unerlässlich, dass dem EGBA alle Änderungen, die Zugriffsberechtigungen betreffend, zur Kenntnis gebracht werden. Dies betrifft nicht nur den Erhalt der Zugriffsberechtigung, sondern auch jede andere Veränderung oder die Aufhebung der Zugriffsberechtigung. Dementsprechend sollte Artikel 34d VE-GBV ergänzt werden.

Die Erhebung von Gebühren, wie in Artikel 34h VE-GBV vorgesehen, wirkt in der Gesamtschau nicht eben praxisnah. Wenn Behörden zur Erfüllung von Bundesaufgaben Instrumente, wie die landesweite Grundstückssuche, nutzen und für eine rechtmässige Aufgabenerfüllung auch darauf angewiesen sind. Da erscheint es stossend, dass sie auch noch dafür mit Gebühren, die an den Bund zu zahlen sind, belastet werden. Wir sprechen uns daher in dieser Konstellation gegen die Erhebung von Gebühren aus.

In Artikel 164a VE-GBV sind eine Reihe von Fristen enthalten. Vor dem Hintergrund, dass die Kantone zur Umsetzung dieser Gesetzesänderung ihre Grundbuchsoftware in mehrfacher Hinsicht anpassen müssen, durch diese Zusatzaufgabe der Personalaufwand in den Grundbuchämtern beeinflusst wird und noch weitere Neuerungen, wie die elektronische Beurkundung, auf die Grundbuchämter zukommen, sollte ausreichend Zeit für die Umsetzung der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen eingeplant werden. Die in Artikel 164a VE-GBV enthaltenen Fristen sollten nochmals kritisch auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Marianne Lienhard
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- egba@bj.admin.ch

versandt am: **05. Jan. 2021**



Sitzung vom

19. Januar 2021

Mitgeteilt den

20. Januar 2021

Protokoll Nr.

37/2021

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:

egba@bj.admin.ch

Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. Oktober 2020 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Einführung der AVHN13 im Grundbuch wird grundsätzlich begrüsst. Der Bund hat allerdings die Kosten dafür zu tragen.

Der landesweite Grundstücksuchdienst wird abgelehnt.

1. Personenidentifikator im Grundbuch

Bei der Implementierung der AHVN13 ist zu gewährleisten, dass alle Partner zum Einführungszeitpunkt technisch bereit sind, so dass diese innert nützlicher Frist abgeschlossen werden kann. Für die Zuordnung der AHVN13 in einem neu zu schaffenden Hilfsregister müssen die Grundbuchsysteme erweitert werden. Wie hoch die Kosten für das zusätzliche Modul und die notwendigen Anpassungen für das einzelne Grundbuchamt ausfallen, ist noch offen. Den Kantonen und Grundbuchämtern dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen bzw. der Bund hat diese zu übernehmen. Vor der Umsetzung sind die Kantone deshalb nochmals anzuhören.

2. Landesweite Grundstücksuche

Gemäss Art. 949c ZGB soll der Bundesrat die landesweite Suche der berechtigten Behörden nach Grundstücken regeln. Art. 34b des Vorentwurfs (VE-GBV) sieht vor, dass das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) einen Dienst für die landesweite Grundstücksuche aufbaut und betreibt. Diese Umsetzung ist aus mehreren Gründen entschieden abzulehnen.

Zunächst ist zu befürchten, dass durch den Aufbau eines völlig neuen Systems grosse Doppelspurigkeiten mit Terravis und anderen Auskunftsplattformen geschaffen werden. Wir fragen uns, weshalb nicht bereits bestehende Systeme ausgebaut und für die berechtigten Behörden geöffnet werden. Dass der Bund einen Dienst aufbauen will, aus dem sich nicht vollständige Auszüge generieren lassen, wahrt nur vordergründig die Souveränität der Kantone und führt zu Mehrkosten und Mehraufwand für die Anwenderinnen und Anwender. Es wird damit weder eine für die Kantone noch für die Nutzenden befriedigende Lösung geschaffen. Zudem haben die Kantone dem Bund ihre Daten zur Verfügung zu stellen, haben Anpassungen der Software zu bezahlen und überdies den technischen Support sicherzustellen. Die im Bericht beschriebenen Anwendungsfälle lassen sich mit den bestehenden Systemen lösen. Im Bereich Lex Koller führt das EGBA ohnehin eine Datenbank mit denjenigen Personen, denen der Erwerb eines Grundstücks bewilligt worden ist. Vor dem Hintergrund, dass das EGBA die Erwerbenden systematisch auf Doppелеigentum überprüft, ist Doppелеigentum äusserst selten. Jede Einführung einer landesweiten Grundstücksuche, die weder bestehende Auskunftsportale nutzt, ersetzt oder darauf aufbaut, führt zu Mehrkosten und Doppelspurigkeiten. Die vorgeschlagene Umsetzung trägt den föderalistischen Strukturen und Gegebenheiten keine Rechnung.

Gemäss Art. 34c VE-GBV sollen die Grundbuchämter dem Suchindex des Grundstücksuchdienstes die Daten über ein internes Behördennetz, das den sicheren Datenaustausch zwischen Kantonen und Bund erlaubt, übermitteln. Nicht alle Grundbuchämter des Kantons Graubünden sind jedoch an dieses angeschlossen. Ein solcher Anschluss müsste erst noch eingerichtet werden, wobei die Kosten zum heutigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden können.

Der Grundstücksuchdienst soll durch den Bund betrieben und mittels Gebühren finanziert werden, wobei die Gebühren jeweils dem Kanton in Rechnung gestellt würden. Diese Delegation des Inkassos ist nicht akzeptabel. Die Gebühren sind dem einzelnen Nutzer direkt durch den Bund in Rechnung zu stellen. Zudem entstünden den berechtigten Behörden der Kantone durch den Grundstücksuchdienst (zusätzliche) hohe Kosten, welche diese mit an sicher grenzender Wahrscheinlichkeit weiterverrechnen. Damit steigt die Gebührenlast für die Privaten und die Wirtschaft. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Kosten und Nutzen der landesweiten Grundstücksuche bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen Umsetzung in keinem vernünftigen Verhältnis stehen. Die Souveränität der Kantone wird verletzt, hohe Kosten für Kantone, Private und die Wirtschaft generiert. Aus den genannten Gründen ist vom Aufbau eines landesweiten Grundstücksuchdienstes abzusehen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:



A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courrier électronique (format PDF et WORD) à: ehra@bj.admin.ch

Delémont, le 26 janvier 2021

Révision de l'ordonnance sur le registre foncier: Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral de justice et police a mis en consultation le 14 octobre 2020 le projet de révision de l'ordonnance fédérale sur le registre foncier (ORF) permettant la mise en œuvre des articles 949b et 949c du Code civil adoptés par les Chambres fédérales à fin 2017. Par la présente, le Gouvernement jurassien a l'honneur de vous remettre sa prise de position sur cet objet.

1. Numéro AVS en tant qu'identifiant

Cette partie du projet n'appelle pas de commentaires particuliers si ce n'est que les cantons devront certainement consentir des dépenses pour adapter leurs applications afin de permettre une reprise automatisée des numéros AVS. Le système permettant cette reprise doit être conçu de manière à ce que ces coûts soient limités dans toute la mesure du possible.

Par ailleurs, si une reprise automatique s'avère impossible ou compliquée, l'enregistrement du numéro AVS dans les délais de l'article 164a ORF ne pourra pas être garanti.

2. Recherche d'immeubles sur tout le pays

Le Gouvernement ne remet pas en question la solution technique proposée pour le fonctionnement du service de recherche. Il insiste toutefois pour que la gestion de ce service n'entraîne aucune charge de travail supplémentaire pour le registre foncier. Quant à l'assistance technique à fournir par le Service de l'informatique du canton, elle ne pourra être garantie que dans la limite des disponibilités de ce service.

Au surplus, le Gouvernement apporte les commentaires suivants concernant certaines dispositions du projet.

- **Art. 23a ORF** : L'attribution du numéro AVS comme identifiant doit permettre le fonctionnement efficient du service de recherche et la qualité du résultat de la recherche. C'est cependant oublier que certains transferts de propriété ou de la qualité de titulaire d'un droit inscrit peuvent intervenir de par la loi, sans inscription au registre foncier. Ainsi, il est fréquent que l'inscription des héritiers d'un propriétaire décédé intervienne de nombreuses années après le décès. Dans un tel cas, le résultat de la recherche sera faussé, puisque la personne dont l'autorité recherche les droits inscrits dont elle est titulaire n'apparaîtra pas comme propriétaire de l'immeuble dont elle a hérité. Ce point est particulièrement important pour les offices de poursuites.
- **Art. 34d, al. 1, ORF (autorisation d'accès)** : Selon l'art. 34a, les autorités habilitées à accéder aux données du RF sont celles qui en ont besoin pour accomplir leurs tâches légales. Cette définition manque de précision et donne un large pouvoir d'appréciation à l'Office fédéral du registre foncier (OFRF) pour décider de l'octroi du droit d'accès. Comme l'indique le rapport explicatif, chaque demande devra être étudiée individuellement. Par conséquent, on ne voit pas pourquoi l'OFRF ne soumettrait pas également les demandes aux cantons pour préavis ou accord. La disposition en question doit dès lors prévoir l'implication des cantons dans l'octroi des autorisations.
- **Art. 34e ORF (accès élargi)** : L'accès élargi peut porter en fait sur toutes les données inscrites au RF. Si un tel accès peut être admis dans certaines circonstances ou pour certaines autorités, il doit cependant être octroyé de manière très restrictive et principalement pour les servitudes ainsi que certaines mentions et annotations. Mis à part peut-être l'Office fédéral des routes (OFROU), l'armée et éventuellement, s'ils peuvent être qualifiés d'autorité, les CFF, on ne voit pas qu'elles autres autorités auraient besoin de ces informations. Par ailleurs, le fait d'avoir connaissance de l'existence d'une servitude ne dira encore rien de son contenu ; les pièces justificatives du registre foncier devront nécessairement être consultées. Quant aux gages, il est douteux qu'une autorité ait besoin de les connaître. Si elle en a véritablement besoin, elle pourra demander des informations au registre foncier ou un extrait complet. Enfin, l'accès élargi ne paraît pas se justifier et devrait être supprimé.
- **Art. 34h, al. 1, ORF (émoluments)** : La Confédération part de l'idée que les recherches seront effectuées principalement par des autorités habilitées cantonales ou communales, mais que des autorités fédérales utiliseront également ce service de recherche. La Confédération assumera le coût des recherches effectuées par les autorités fédérales. Le solde sera facturé aux cantons dont les autorités habilitées, cantonales ou communales, auront effectué des recherches. On peut comprendre que la Confédération envoie une facture globale aux cantons, plutôt que d'envoyer à chaque utilisateur la facture correspondant à ses propres recherches, ceci afin d'éviter les lourdeurs administratives et coûts liés à la perception. Toutefois, la facturation aux

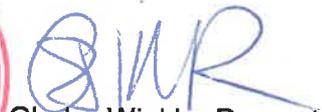
seuls cantons plutôt qu'aux utilisateurs, comme le propose le projet, revient à reporter le problème sur les cantons et, autrement dit, à dégager la balle en touche. S'ils veulent s'éviter les mêmes lourdeurs, ces derniers n'auront d'autres choix que d'assumer eux-mêmes ces coûts. Le Gouvernement vous invite dès lors à réfléchir à un autre mode de financement ou de facturation.

En vous souhaitant bonne réception de la présente et en vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement jurassien vous adresse, Madame la Conseillère fédérale l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Justiz

per E-Mail
egba@bj.admin.ch

Luzern, 19. Januar 2021

Protokoll-Nr.: 74

Revision Grundbuchverordnung: AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir mit den Änderungen der Grundbuchverordnung grundsätzlich einverstanden sind. Zur Vorlage haben wir folgende Bemerkungen:

Allgemeines

Die Umsetzung der Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 949b und 949c ZGB ist stimmig und gleichzeitig praktikabel. Sie ist darauf ausgerichtet, den für die Grundbuchämter zusätzlichen Aufwand möglichst gering zu halten und das Tagesgeschäft nicht zu behindern respektive massgeblich zu verlangsamen. Mit dem Suchindex für die landesweite Grundstücksuche wird sichergestellt, dass die Grundbuchsysteme nur soweit als notwendig mit Suchanfragen belastet und damit die Belastbarkeit und Performance der einzelnen kantonalen Serverinfrastrukturen weiterhin stabil gehalten werden kann.

Wir begrüssen sehr, dass von einer reinen Interoperabilitätslösung abgesehen wird und der Dienst der landesweiten Grundstücksuche vom Bund betrieben werden soll. Dass sich die Kantone an der Entwicklung des Systems beteiligen sollen und eine Gebührenpflicht für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes bestehen soll, ist nachvollziehbar und aufgrund des Aufwandes, welches die Führung und Betreuung einer solchen Dienstleistung mit sich bringt, berechtigt.

Zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 23a VE-GBV

Wir regen an, dass die AHV-Nummer in das Hauptbuch aufgenommen und nicht bloss im damit verknüpften Personenidentifikationsregister bestimmt wird. Da es sich um einen sehr wichtigen Grundsatz handelt, soll dieser in Artikel 90 der Grundbuchverordnung ausdrücklich festgehalten werden.

Dass die AHV-Nummer auch in Hilfsregistern verwendet werden kann, ist aus unserer Sicht zu unbestimmt formuliert - die Hilfsregister sollten der Klarheit halber aufgeführt werden. Auch die Möglichkeit der Verknüpfung der Einträge im Personenidentifikationsregister mit Einträgen anderer Register ist aus Gründen der Transparenz genauer zu definieren. In der Verordnung sollte zudem geregelt werden, welche weiteren Daten zu den einzelnen Personen im Personenidentifikationsregister erfasst werden.

Artikel 23b lit. b VE-GBV

Die Datenquellen, aus denen das Grundbuchamt die persönlichen Angaben der Grundeigentümer sowie die AHV-Nummer beziehen kann, sollten abschliessend geregelt werden. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Beschaffung der Informationen klar zu regeln (Grundsatz der Erkennbarkeit bzw. Information über die Beschaffung).

Artikel 34d und 34e VE-GBV

Bei der Prüfung der Zugriffsberechtigung ist ein strenger Massstab anzulegen. Es ist insbesondere sorgfältig abzuwägen, ob für die ersuchende Behörde oder deren Mitarbeitende die Berechtigung zur Grundstücksuche verhältnismässig ist. Insbesondere bei der Erteilung eines weitergehenden Zugangs, welcher die Suche mittels AHV-Nummer zulässt sowie die AHV-Nummer im Suchresultat angibt, ist Zurückhaltung zu üben. Zudem sollten diejenigen Personen gemeldet werden, deren Zugriffsberechtigung erloschen ist.

Artikel 34f VE-GBV

Die regelmässige Überprüfung und der Schutz der Protokolldaten sollte präzisiert werden.

Artikel 34h VE-GBV

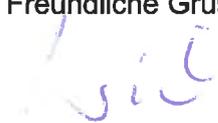
Betreffend die Gebührenerhebung äussern wir folgenden Vorbehalt: Es ist vorgesehen, dass das Eidgenössische Grundbuchamt von den Kantonen jährliche Gebühren erhebt. Die Gebühren werden vom System individuell pro Benutzerin bzw. Benutzer der kantonalen oder kommunalen Behörde ausgewiesen. Wir schlagen deshalb vor, dass die Rechnungsstellung gestützt auf das Verursacherprinzip direkt an die Auskunft suchenden Stellen erfolgen und aus deren Budget beglichen werden soll.

Artikel 51 Absatz 1 lit. a VE-GBV

Es sollte sichergestellt werden, dass die AHV-Nummer unter keinen Umständen Eingang in eine öffentliche Urkunde findet. Diese Massnahme ist nicht nur im erläuternden Bericht zu erwähnen, sondern in der Verordnung zu regeln.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse


Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel : egba@bj.admin.ch

Office fédéral chargé du droit du registre
foncier et du droit foncier
3003 Berne

Révision de l'ordonnance sur le registre foncier. Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays. Procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,
Madame la cheffe d'office,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du projet de révision de l'ordonnance sur le registre foncier et vous remercie de l'avoir associé à la procédure de consultation.

Identification des personnes physiques titulaires de droits immobiliers grâce au numéro AVS

En ce qui concerne l'acquisition des numéros AVS, il est primordial que les masques de recherche des interfaces prévus à l'art. 23c al. 2 AP-ORF soient parfaitement intégrés dans nos outils métiers.

Nous redoutons néanmoins fortement les investigations supplémentaires prévues par l'art. 23c al. 3 et 164a al. 4 AP-ORF. Bien que difficilement chiffrable, ce travail d'enquête minutieux aura vraisemblablement un impact important sur les charges liées au personnel du registre foncier.

Aussi, les délais annoncés comme pouvant prendre « *beaucoup de temps* » dans les cas d'attributions nouvelles de numéros AVS (art. 23c al. 4 AP-ORF) ne doivent en aucun cas précéder les délais d'inscription des réquisitions au registre foncier.

Au surplus, nous remettons également en question l'automatisation des correspondances effectuées par la CdC aux termes de l'art. 164a AP-ORF. En effet, alors que l'alinéa 3 de la disposition précitée estime que les indications renvoyées peuvent être reprises sans contrôle supplémentaire, l'alinéa 4 prévoit qu'en cas de doute une investigation manuelle est indiquée. Comment interpréter cela et quels régimes de responsabilités sont-ils prévus en cas de dommages en lien avec des correspondances erronées fournies par la CdC?

Recherche d'immeubles sur tout le pays par les autorités habilitées

Le projet de révision de l'ordonnance sur le registre foncier soumis en consultation, vise à mettre en œuvre la recherche d'immeubles sur tout le territoire, adoptée en 2017 par le Parlement, au moyen d'une plateforme qui centralise les demandes de recherche d'immeubles et interroge de manière automatique les registres cantonaux.

S'agissant d'une compétence cantonale, il nous semble toutefois difficilement soutenable que l'office fédéral du registre foncier soit seul compétent afin de déterminer les autorités habilitées à accéder au service de recherche d'immeubles (art. 34d AP-ORF). Cela d'autant plus que les critères permettant de les définir ne sont définis nulle part. Par conséquent, les cantons perdent toute compétence en ce qui concerne les accès délivrés mais également quant au type d'informations ainsi diffusées.

Aussi, nous constatons que le projet aura pour conséquence que les cantons :

- donnent gratuitement accès à leurs données à la Confédération ;
- perdent le contrôle de la consultation de leurs propres données ;
- financent les adaptations logicielles requises par le projet ;
- sont appelés à payer pour chaque consultation de chacune des autorités habilitées par la Confédération ;
- sont tenus de garantir une assistance technique durant les heures d'ouverture.

Nous relevons ainsi les deux principaux problèmes suivants, auxquels nous répondons par des propositions de modification/suppression des dispositions de l'ordonnance mises en consultation :

1) Autorités habilitées et accès aux données : une atteinte aux compétences cantonales

Nous constatons que l'office fédéral du registre foncier sera habilité à déterminer les autorités autorisées à accéder à ce système de recherche (art. 34d). Cet office pourra également élargir les données auxquelles ces autorités ont accès, sur demande de ces dernières (art. 34e, al. 3 et 4).

Nous sommes étonnés de constater que le projet ne contient ni définition, ni critère permettant de déterminer ce qu'est une autorité habilitée laissant ainsi une importante marge de manœuvre à l'OFRF et ouvrant la possibilité à ce que des accès soient accordés à des entités au sens plus large du terme, par exemple des acteurs économiques privés, instituts bancaires et financiers ou notaires, indépendamment des législations cantonales. Il est inacceptable que la Confédération s'arroge cette compétence, sans même prévoir un droit de consultation des cantons sur les accès délivrés, ou, à tout le moins, sur les critères permettant de déterminer ce qu'est une autorité habilitée.

Par ailleurs, si le projet prévoit que les autorités habilitées auront en principe accès aux seules données du grand livre ouvertes au public, il laisse à l'OFRF la compétence d'élargir cet accès qui porterait alors sur un grand périmètre d'informations, quasi l'ensemble des informations référencées dans le registre foncier.

On assiste ici, par une ordonnance fédérale, à un déni de souveraineté cantonale, à une importante et réelle perte de contrôle dans un domaine constitutionnellement de compétence cantonale.

Proposition de modification :

Art. 34d : *L'Office fédéral du registre foncier établit une liste des autorités habilitées laquelle doit être approuvée par les cantons. Il attribue aux collaborateurs des autorités habilitées les autorisations d'accès individuelles au service de recherche d'immeuble sur demande fondée de l'autorité.*

2) Financement et responsabilité : un déséquilibre défavorable aux cantons

Le système de recherche sera développé et financé par la Confédération qui facturera ensuite aux cantons des émoluments pour chaque consultation. Les émoluments seront facturés de manière centralisée à chaque canton, et non pas aux autorités qui auront effectué des recherches. Le tout sans décompte précis des consultations effectuées sur le service de recherche de la Confédération, interdisant de ce fait aux cantons de refacturer ces émoluments à qui de droit. Par ailleurs, la Confédération devrait garantir la gratuité des données aux cantons pour leurs propres usages.

Enfin, le projet est également déséquilibré en termes de responsabilité. Selon l'art. 34c, les cantons sont tenus d'assurer une assistance technique durant les heures ouvrables. Ce système de recherche étant géré par la Confédération, c'est à elle qu'il appartient en premier lieu de garantir le support utilisateurs ainsi que la disponibilité et la fiabilité du système.

Propositions de modifications :

Art. 34h al 1 : *L'OFRF perçoit auprès des autorités habilitées des émoluments annuels pour l'utilisation de recherche d'immeubles.*

Art. 34b al. 2 (nouveau) : *L'OFRF assure la disponibilité et l'assistance technique de ce service pendant les heures ouvrables.*

Conclusion

En conclusion le Gouvernement neuchâtelois se montre favorable au principe visant à introduire ce nouveau service de recherche, ainsi qu'à l'utilisation du numéro AVS comme moyen d'identification, mais en l'état actuel le projet n'est cependant pas acceptable.

En effet, cette révision porte grandement atteinte à l'autonomie cantonale, ne respectant pas la répartition des tâches entre Confédération et Canton. De plus, le projet a un impact non-négligeable sur les charges du canton que celle-ci soient financières ou liées aux effectifs du registre foncier.

Nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, Madame la cheffe d'office, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 25 janvier 2021

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,
S. DESPLAND

Maire-Hefti

Despland





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. Januar 2021

Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstückssuche. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Grundbuchverordnung (GBV; SR 211.432.1).

1 Ausgangslage

Mit der Verwendung der AHV-Nummer im Grundbuch soll eine schweizweite Identifikation der natürlichen Personen in diesem Bereich erreicht werden (vgl. Änderung von Art. 949b und 949c ZGB). Weiter sollen die Grundlagen für die landesweite Grundstückssuche geschaffen werden. Zum Verhältnis zu weiteren laufenden Gesetzgebungsprojekten (insbesondere der Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung [AHVG; SR 831.10]) wird auf Ziff. 1.2.1 des erläuternden Berichts vom 4. September 2020 verwiesen.

2 Personenidentifikator im Grundbuch

Aufgrund der Praktikabilität sollte die AHV-Nummer als Personenidentifikator direkt im Hauptbuch eingetragen werden, wie dies auch bei den juristischen Personen der Fall ist (UID-Nummer). Bereits heute sind nicht alle Hauptbucheintragungen öffentlich zugänglich. Die Einführung eines entsprechenden Hilfsregisters erachten wir nur aus Gründen des Datenschutzes als prüfenswert.

Der direkte Zugriff auf die laufend gepflegte und damit verlässliche Datenbank der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) stellt sicher, dass das Grundbuchamt immer die aktuellsten Angaben des Rechteinhabers hat. Dafür soll eine entsprechende Schnittstelle eingerichtet werden. Bereits heute bestehen zahlreiche Schnittstellen zu den kantonalen Grundbuchsystemen. Hier wird darauf hingewiesen, dass die Einführung einer neuen Schnittstelle in der Praxis immer eine technische Herausforderung darstellt, welche nicht unterschätzt werden darf und bei der Festlegung des Zeitplans berücksichtigt werden muss.

3 Landesweite Grundstücksuche

Durch die landesweite Grundstücksuche soll berechtigten Behörden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe Zugang zur Information gewährt werden, ob und welche Rechte an Grundstücken einer bestimmten Person zustehen. Der Dienst für die landesweite Grundstücksuche soll durch den Bund betrieben werden. Die Zugriffsberechtigung und der Umfang der Einsicht soll durch das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht EGBA auf Gesuch der jeweiligen Behörde hin überprüft werden. Die gesuchstellenden Behörden haben dabei darzulegen, gestützt auf welche gesetzliche Grundlage ihnen die Benutzung des Dienstes der landesweiten Grundstücksuche zu erlauben ist. Der Dienst für die landesweite Grundstücksuche führt – mit Ausnahme eines technisch bedingten Suchindexes mit anonymisierten Daten – keine Grundbuchdaten, sondern leitet lediglich die Anfragen der Behörden über einen verschlüsselten Kanal an die kantonalen Grundbuchsysteme weiter.

Dieser Variante kann zugestimmt werden, da damit kein direkter Zugriff auf die kantonalen Grundbuchdaten implementiert wird. Vielmehr soll mit diesem System die Amts- und Rechts-hilfe effizienter ausgestaltet werden.

4 Beurteilung

Die Vorlage führt zu einigen Vorteilen. Hier stehen insbesondere der Zugriff auf die jeweils aktuellen Personendaten beim ZAS und die Entlastung des kantonalen Grundbuchs von Auskünften, wenn eine selbständige Suche durch die berechtigten Stellen möglich ist, im Vordergrund.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt die vorgesehenen Änderungen in der GBV.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- egba@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

A-Post

Eidgenössischen Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

vorgängig per E-Mail an:

egba@bj.admin.ch

Sarnen, 12. Januar 2021/OWSTK.3896/wi

Vernehmlassung zur Revision der Grundbuchverordnung, AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche; Stellungnahme des Kantons Obwalden

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns zur Revision der Grundbuchverordnung; AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche, eingeladen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 1. Februar 2021. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns gerne wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen

Mit der Vorlage sollen sämtliche im Hauptbuch eingetragenen Inhaberinnen und Inhaber von Rechten durch Zuordnung ihrer AHV-Nummer identifiziert werden. Die Vorlage definiert, wie die Grundbuchämter dabei im Einzelnen vorzugehen haben. Zudem soll durch die landesweite Grundstücksuche Behörden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe Zugang zur Information gewährt werden, ob und gegebenenfalls welche Rechte an Grundstücken einer bestimmten Person zustehen.

Der Kanton Obwalden begrüsst die Vorlage und die Ausführungsbestimmungen zu Art. 949b und 949c ZGB. Die Umsetzung wird für den Kanton Obwalden zwar einen grossen Aufwand mit sich bringen. Aufgrund der Unvollständigkeit früherer Einträge muss für einen ziemlich grossen Personenkreis die entsprechende Anmerkung im Personenidentifikationsregister vorgenommen werden. Der Nutzen, der durch die Verbesserung der Qualität der Grundbuchdaten entsteht, wird sich aber mittelfristig positiv auswirken.

Zudem ist die Zuständigkeit des Eidgenössischen Amtes für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) für den Grundstücksuchdienst (Art. 34b Abs. 1 VE-GBV) mit dem Triage-System für den Kanton Obwalden die optimale Lösung. Der Kanton Obwalden verfügt nicht über die erforderlichen Ressourcen, um den Zugang und den Missbrauch selber zu kontrollieren. Die Grundbuchämter und die zur Suche berechtigten Behörden werden durch die zentrale Zuständigkeit entlastet.

Datenschutzrechtliche Hinweise

In Bezug auf die landesweite Grundstücksuche wird begrüsst, dass diese als Triagesystem aufgebaut werden soll und nicht als eigentliches Bezugssystem für Grundbuchauszüge. Dafür sollen auch künftig die bereits bestehenden Kanäle und die etablierten Prozesse genutzt werden.

Ingress:

Art. 949b Abs. 1 ZGB ist (wie z.B. auch bei Art. 949c erfolgt) im Ingress der VE-GBV aufzuführen. Die Bestimmung bildet die Grundlage für die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die Grundbuchämter und somit die Basis für die im Entwurf enthaltenen Umsetzungsbestimmungen.

Art. 23a VE-GBV: Personenidentifikationsregister

Wir begrüssen, dass die AHV-Nummer nicht in das Hauptbuch aufgenommen, sondern lediglich im damit verknüpften Personenidentifikationsregister festgehalten wird. Da es sich dabei um eine sehr wichtige Regelung handelt, ist es notwendig, diese in der Grundbuchverordnung auch ausdrücklich festzuhalten und nicht nur im erläuternden Bericht zu erwähnen.

Art. 23b lit. b VE-GBV: Datenquellen

Die Datenquellen, aus denen das Grundbuchamt die persönlichen Angaben der Grundeigentümer sowie die AHV-Nummer beziehen kann, sollen abschliessend geregelt werden; auch aus Gründen der Transparenz gegenüber den betroffenen Personen. Die Formulierung in Art. 23b lit. b VE-GBV öffnet den Kreis dieser Quellen über die mit der Erstellung der AHV-Nummer betraute Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) hinaus. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Beschaffung der Informationen klar zu regeln (Grundsatz der Erkennbarkeit bzw. Information über die Beschaffung). Bst. b dieser Bestimmung ist dahingehend zu präzisieren.

Art. 51 Abs. 1 lit. a VE-GBV

Es muss auf geeignete Art und Weise sichergestellt werden, dass die AHV-Nummer unter keinen Umständen Eingang in eine öffentliche Urkunde findet. Diese Massnahmen sind in den Grundzügen in der Verordnung zu regeln. Die blossе Deklaration dieser Absicht im erläuternden Bericht genügt nicht.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement


Daniel Wyler
Landstatthalter

Ansprechperson bei Rückfragen:

Frau RA lic. iur. Barbara Wicki, Leiterin Volkswirtschaftsamt, 041 666 62 20, barbara.wicki@ow.ch.

Kopie an:

- Regierungsrat (Zirkulationsmappe)
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Obwalden
- Volkswirtschaftsdepartement
- Volkswirtschaftsamt
- Abteilung Grundbuch
- Abteilung Grundbuchbereinigung
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK. 3896)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 18. Januar 2021

Revision der Grundbuchverordnung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Revision der eidgenössischen Grundbuchverordnung ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Möglichkeit zur Identifikation von natürlichen Personen mit Rechten an Grundstücken durch Zuordnung der AHV-Nummer und die Schaffung eines landesweiten Grundstücksuchsystems für Behörden durch den Bund ist zu begrüßen. In der Beilage lassen wir Ihnen unsere Anträge für Anpassungen am vorliegenden Verordnungsentwurf zukommen. Insbesondere ist die geplante Gebührenpraxis aus unserer Sicht zu überarbeiten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Bruno Damann
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
egba@bj.admin.ch



Anhang zur Vernehmlassungsantwort «Revision der Grundbuchverordnung»

Die Regierung des Kantons St.Gallen weist im Zusammenhang mit der genannten Vorlage im Einzelnen auf folgende Punkte hin:

Weil das informatisierte Grundbuch nicht mehr ohne das neue Personenidentifikationsregister (Art. 12a) geführt werden kann, ist Art. 8 Abs. 2 wie folgt zu ändern:

Bei der Grundbuchführung mittels Informatik (informatisiertes Grundbuch) werden die Daten des Hauptbuchs und des Tagebuchs im gleichen System bearbeitet und zusammen mit den Daten des Personenidentifikationsregisters in Beziehung gesetzt. Die Daten des Hauptbuchs und des Tagebuchs sind sowohl über (...)

Die Sachüberschrift «Hilfsregister» von Art. 13 ist irreführend. Beim Eigentümerregister, dem Gläubigerregister und dem Personenidentifikationsregister nach Art. 12a (s. Ziff. 3.1.1 erläuternder Bericht) handelt es sich um Hilfsregister. Diese sind in Art. 11 bis 12a geregelt. Wir beantragen, die Sachüberschrift von Art. 13 wie folgt anzupassen: Weitere Hilfsregister.

Damit eine flächendeckende landesweite Grundstücksuche (Art. 34a ff.) möglich wird, müssen die Grundbuchdaten vollständig ins informatisierte Grundbuch aufgenommen werden. Wir legen Wert darauf, dass das Papiergrundbuch zwingend innert einer angemessenen Frist durch das informatisierte Grundbuch abgelöst wird. Es ist uns bewusst, dass dazu das Schweizerische Zivilgesetzbuch geändert werden muss.

Als Suchergebnisse des Grundstücksuchdienstes (Art. 34b Abs. 2) sollten nicht nur die im Abfragezeitpunkt elektronisch verfügbaren Daten ausgegeben werden, sondern auch die Information, in welchen Grundbuchkreisen aufgrund des Suchindex (vgl. Art. 34b Abs. 4) entsprechende Daten vorhanden sein können, aber im Abfragezeitpunkt nicht verfügbar waren. Das Suchergebnis sollte entsprechend mit dem Hinweis auf die Grundbuchkreise ergänzt werden, die zum Abfragezeitpunkt nicht elektronisch verfügbar waren.

In den Mitteilungen über Änderungen der Verhältnisse, die sich auf die Zugriffsberechtigungen auswirken (Art. 34d Abs. 2), sind nicht nur die Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nennen, die neu Zugriff erhalten. Mindestens so wichtig sind diese Angaben in den Mitteilungen, mit denen ein Zugriffsrecht geändert oder entzogen werden soll. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine Personalmutation nicht zur Anpassung der jeweiligen Zugriffsberechtigung führen soll (vgl. Abs. 3 der Erläuterung zu Art. 34d, S. 18). Es ist entscheidend, dass beim Ausscheiden einer Person aus der Behörde die Zugriffsberechtigung unverzüglich aufgehoben wird, weil ein Zugriff nicht mehr zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben dienen würde (vgl. Art. 34a). Wir beantragen, dass der zweite Satz von Abs. 2 ersatzlos gestrichen oder wie folgt geändert wird: (...) enthalten, deren Zugriffsrechte geändert oder aufgehoben werden sollen.

Es stellt sich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, dass der Bund Gebühren bei den Kantonen für Grundstückabfragen verlangt (Art. 34h Abs. 1). Die Kantone, so zumindest der Kanton St.Gallen, verlangen für Grundstückabfragen des Bundes keine Gebühren. Nach



Art. 3 der Allgemeinen Gebührenverordnung (SR 172.041.1) erhebt die Bundesverwaltung keine Gebühren von interkantonalen Organen, Kantonen und Gemeinden, soweit diese Gegenrecht gewähren. Sollten Gebühren erhoben werden, sind diese den abfragenden Gemeinwesen in Rechnung zu stellen und nicht nur dem Kanton. Für die Erhebung einer «Gebühr» bei einer Person, die weder eine Amtshandlung veranlasst noch eine öffentliche Einrichtung nutzt, ist eine formelle gesetzliche Grundlage notwendig. Wir beantragen, dass auf die Erhebung von Gebühren verzichtet wird; eventualiter, dass Art. 34h wie folgt geändert wird: In Abs. 1, 2 und 5 sei «Kanton» durch «Behörde» zu ersetzen.

Kanton Schaffhausen
Volkswirtschaftsdepartement
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 73 80
sekretariat.vd@sh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-
Suter

per E-Mail an:
egba@bj.admin.ch

Schaffhausen, 20. Januar 2021

**Vernehmlassung zur Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landes-
weite Grundstücksuche**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns die Revision Grundbuchverordnung.
AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche zur Vernehmlassung unterbreitet.

Nach Prüfung der Unterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass der Kanton Schaffhausen die
Vorlage vollständig unterstützt.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdepartement
Der Vorsteher:

Dino Tamagni
Regierungsrat

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

12. Januar 2021

Vernehmlassung zur Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns die Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche zur Vernehmlassung unterbreitet.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Änderung der Grundbuchverordnung

Die vorgeschlagenen Änderungen begrüssen wir grundsätzlich, stellen jedoch fest, dass den datenschutzrechtlichen Aspekten noch nicht genügend Rechnung getragen wurde.

In der Schweiz werden die Grundbucheinträge kantonale verwaltet. Eine Grundstücksuche ist deshalb nicht nur zeitintensiv, sondern führt auch nicht immer zum gewünschten Erfolg. Je nach Fallkonstellation sind mehrere Grundbuchämter einzeln anzufragen und unterschiedliche Datenbestände können zur Folge haben, dass Einträge derselben Person bei verschiedenen Grundbuchämtern nicht erkannt werden.

Die Personendaten in den Grundbüchern werden weder systematisch erfasst noch laufend aktualisiert. Die Einträge können deshalb unvollständig und falsch verknüpft sein. Bei unvollständigen Einträgen werden irrtümlicherweise keine oder nicht alle Grundstücke einer Person gefunden. Wenn beispielsweise eine Person, die bereits Eigentümer oder Eigentümerin eines Grundstücks ist, ein weiteres Grundstück erwirbt, nachdem sie in einen anderen Kanton gezogen ist oder ihren Namen geändert hat, gibt es keine Verbindung zwischen diesen beiden Einträgen. Bei Falschverknüpfungen ist die gefundene Person hingegen nicht der Grundstückseigentümer (wenn insbesondere der Name, das Geburtsdatum und der Heimatort einer Person mit einer anderen übereinstimmen bzw. falsch erfasst worden sind).

Das Ziel ist es, die Qualität und Aktualität der Personendaten im Grundbuch zu erhöhen und die Grundstücksuche einfach und zuverlässig zugänglich zu machen. Hierfür sind Personen in allen Grundbüchern einheitlich und systematisch zu identifizieren.

Wir bevorzugen die AHVN als eindeutiger Personenidentifikator gegenüber einer möglichen sektoriellen Personenidentifikationsnummer für die Grundbücher. Diese wäre nicht nur komplexer, aufwendiger und teurer, sondern müsste - um die Datenqualität zu gewährleisten - mit der AHNV verknüpft werden.

Wir möchten des Weiteren darauf hinweisen, dass die Grundbucheinträge erst mit der neuen Grundbuchverordnung aus dem Jahr 2012 einheitlich erfasst wurden. Die Rückerfassung der AHVN bei Einträgen vor diesem Datum gestaltet sich daher als zeitintensiv. Auch der Aufwand im Zusammenhang mit der Zuordnung aller nach 2012 im Hauptbuch eingetragenen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber, die periodischen Bereinigungen, Prüfungen und der Zeitaufwand im Zusammenhang mit den Anträgen auf Generierung von AHVN für Personen, welche noch nicht im Besitz einer solchen Nummer sind, wird für die Grundbuchämter arbeitsintensiv sein.

Mit der Einführung der landesweiten Grundstücksuche und der damit zusammenhängenden Einführung eines Suchindexes durch das EGBA geben die Kantone zudem ihre Datenhoheit bezüglich Grundbuch ein Stück weit aus den Händen, da inskünftig das EGBA entscheidet, welche Behörden einen erweiterten Zugang zum Grundbuch haben sollen. Sodann wird mit der Einführung der landesweiten Grundstücksuche die bisher klar verpönte personenbezogene Grundstücksuche möglich sein. Die Vorteile der neuen Lösung überwiegen indes klar.

Verordnungsbestimmungen

- **Ingress**

Art. 949b Abs. 1 ZGB ist im Ingress aufzuführen. Die Bestimmung bildet die Grundlage für die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die Grundbuchämter und somit die Basis für die im Entwurf enthaltenen Umsetzungsbestimmungen.

- **Art. 12a und Art. 23a E-GBV**

Wir begrüßen, dass die AHV-Nummer *nicht* in das Hauptbuch aufgenommen, sondern lediglich im damit verknüpften Personenidentifikationsregister festgehalten wird. Da es sich dabei um eine sehr wichtige Regelung handelt, ist es notwendig, diese in der Grundbuchverordnung auch ausdrücklich festzuhalten und nicht nur im Erläuternden Bericht zu erwähnen.

23a Abs. 1 letzter Satz: Dass die AHV-Nummer auch in Hilfsregistern verwendet werden kann, ist zu unbestimmt formuliert bzw. eine Bestimmung „auf Vorrat“. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Verwendung der AHV-Nummer in allen heute bestehenden Hilfsregistern verhältnismässig wäre. Ist ihre Verwendung in einem bestehenden Hilfsregister jedoch für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Grundbuchämter geeignet und erforderlich, sollen diese aus Gründen der Transparenz in der Verordnung aufgeführt werden. Andernfalls ist die Bestimmung zu streichen.

23a Abs. 2 zweiter Satz: Die Möglichkeit der Verknüpfung der Einträge im Personenidentifikationsregister mit Einträgen anderer Register ist aus Gründen der Transparenz genauer zu definieren. Insbesondere ist festzuhalten, um welche Hilfsregister es sich handelt und zu welchem Zweck eine Verknüpfung erforderlich und geeignet ist. Wenn die Verwendung der AHV-Nummer zur Erfüllung einer Aufgabe bloss dienlich ist, jedoch nicht unbedingt benötigt wird, ist die Verknüpfung der AHV-Nummer mit Einträgen anderer Register nicht verhältnismässig und hat zu unterbleiben.

23a Abs. 3 Bst. c: Diese Bestimmung ist zu unbestimmt. Aus Gründen der Transparenz ist in der Verordnung zu definieren, welche weiteren Daten zu den einzelnen Personen im Personenidentifikationsregister erfasst werden.

- **Art. 23b Bst. b E-GBV Datenquellen**

Die Datenquellen, aus denen das Grundbuchamt die persönlichen Angaben der Grundeigentümer sowie die AHV-Nummer beziehen kann, sollen abschliessend geregelt werden.

Die Formulierung in Art. 23b Bst. b E-GBV öffnet den Kreis dieser Quellen über die mit der Erstellung der AHV-Nummer betraute ZAS hinaus. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Beschaffung der Informationen klar zu regeln (Grundsatz der Erkennbarkeit bzw. Information über die Beschaffung). Bst. b ist dahingehend zu präzisieren.

- **Art. 23c Abs. 3, 5 und 6 E-GBV**

Abs. 3: Die Formulierung „namentlich“ deutet auf eine beispielhafte Aufzählung hin und ist zu streichen. In Art. 23b E-GBV sind die Datenquellen für den Bezug eng umschrieben und Art. 23b Bst. b E-GBV ist noch zu präzisieren. Aus diesem Grund sind auch die zusätzlichen Abklärungsmöglichkeiten des Grundbuchamtes abschliessend zu regeln. Es ist unverhältnismässig, dem Grundbuchamt faktisch eine eigentliche Ermittlungstätigkeit zu erlauben. Die in Art. 23c Abs. 3 Bst. a und Bst. b E-GBV aufgeführten Möglichkeiten erachten wir noch verhältnismässig, weitere und nicht näher definierte Ermittlungen hingegen nicht.

Aus Gründen der Rechtssicherheit ist der Prozess zur Umsetzung von Art. 23c Abs. 3 Bst. a E-GBV vor Inkrafttreten der Regelung festzulegen und bekannt zu machen.

Abs. 5 und 6: Es ist zu begrüssen, dass die Fortsetzung und der Abschluss des grundbuchlichen Bearbeitungsverfahrens unabhängig von der Zuordnung der AHVN erfolgen kann. Es ist demzufolge nicht nötig, eine Grundbuchanmeldung - infolge fehlender AHVN - abzuweisen.

- **Art. 23d E-GBV**

Die periodische Überprüfung der erfassten AHV-Nummern wird mit Blick auf den Grundsatz der Datenrichtigkeit begrüsst. Es ist daran zu erinnern, dass nicht nur die AHV-Nummern, sondern sämtliche von den Grundbuchämtern bearbeiteten Daten richtig sein müssen. Dies ist durch geeignete organisatorische und/oder technische Massnahmen sicherzustellen.

Die Mutationen im Personenidentifikationsregister des Grundbuchamtes müssen zudem nachvollziehbar und deshalb dokumentiert sein, auch wenn die geänderten Daten über eine Schnittstelle zur ZAS abgerufen werden.

- **Art. 34b Abs. 4 E-GBV**

Dass das EGBA einen Suchindex einführen will, um den Aufwand bei den suchenden Behörden, aber auch bei den Grundbuchämtern zu verringern, ist ausdrücklich zu begrüssen. Man muss sich allerdings bewusst sein, dass der Suchindex nur im Hauptbuch eingetragene Rechte findet. Im Tagebuch erfasste und grundsätzlich eintragungsfähige Geschäfte, welche beispielsweise aus zeitlichen Gründen noch nicht in das Hauptbuch eingetragen worden sind, können nur die Grundbuchämter vor Ort erkennen. Der Suchindex bedingt somit eine taggerechte Erfassung aller eintragungsfähigen Geschäfte und birgt das Risiko, dass er zeitlich den effektiven Verhältnissen immer hinterherhinkt.

- **Art. 34c E-GBV**

Die Suchabfragen müssen protokolliert werden, damit die Nutzung der Grundstücksuche durch Berechtigte bei Bedarf überprüft werden kann.

Abs. 5: Da zwei verschiedene Departemente der Bundesverwaltung am Projekt beteiligt sind, begrüssen wird die Zuständigkeitsregelung in Art. 34c Abs. 5 E-GBV, wonach das EJPD und das VBS die technischen Einzelheiten *gemeinsam* regeln (entgegen den Ausführungen auf S. 17 im Erläuternden Bericht, wo nur das EJPD erwähnt wird).

- **Art. 34d E-GBV**

Bei der Prüfung der Berechtigung ist ein strenger Massstab anzulegen. Es ist insbesondere sorgfältig abzuwägen, ob für die ersuchende Behörde bzw. deren Mitarbeitende die Berechtigung zur Grundstücksuche verhältnismässig ist. Insbesondere bei der Erteilung eines weitergehenden Zugangs i.S.v. Art. 34e Abs. 3 E-GBV, welcher die Suche mittels AHV-Nummer zulässt sowie die AHV-Nummer im Suchresultat angibt, ist Zurückhaltung zu üben. Die Verhältnismässigkeit ist dabei sowohl in Bezug auf die Aufgaben der ersuchenden Behörden als auch auf die Anzahl der

berechtigten Mitarbeitenden einer Behörde zu wahren.

Abs. 2 ist dahingehend zu ergänzen, dass auch diejenigen Mitarbeitenden zu melden sind, die *keinen* Zugriff mehr haben sollen. Ohne diese Abmeldung beim EGBA würde einerseits der Kreis der zugriffsberechtigten Personen immer grösser, was unverhältnismässig wäre, andererseits hätten Personen Zugriff, welche dazu nicht mehr berechtigt sind.

- **Art. 34e Abs. 3 und 4 Bst. d E-GBV**

Abs. 3: Der weitergehende Zugang berechtigt zur Suche mittels AHV-Nummer sowie dazu, die AHV-Nummer in den Suchresultaten mitgeteilt zu erhalten, was für die Grundrechte der betroffenen Personen Risiken birgt. Der weitergehende Zugang ist daher an strenge Voraussetzungen zu knüpfen, insbesondere an den Nachweis, dass die gesuchstellende Behörde bzw. die betreffenden Mitarbeitenden auf diese Möglichkeit zwingend angewiesen sind, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Bei der Prüfung der Gesuche ist ein strenger Massstab anzulegen und insbesondere auch zu prüfen, für wieviele Mitarbeitende einer Behörde der weitergehende Zugang verhältnismässig und ob dieser im Einzelfall tatsächlich gerechtfertigt ist. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle zur Grundstücksuche berechtigten Mitarbeitenden einer Behörde auch den weitergehenden Zugang benötigen. Ohne zusätzliche Voraussetzungen und strenge Prüfung werden die Behörden erfahrungsgemäss den breitest möglichen Zugang beantragen, unabhängig davon, ob dieser zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben geeignet und erforderlich ist.

Nachdem Serienabfragen künftig erlaubt bzw. die Anzahl Abfragen nicht mehr beschränkt sein soll (Streichung der entsprechenden Bestimmung in Art. 27 Abs. 2 GBV), sind geeignete Massnahmen zu ergreifen, um missbräuchliche Zugriffe zu verhindern bzw. aufzudecken. Diese Massnahmen sind in den Grundzügen in der Grundbuchverordnung zu regeln. Werden keine solchen Massnahmen ergriffen, kann Art. 34f E-GBV nicht umgesetzt werden.

Abs. 4: Eine Behörde kann auch Zugriff auf Dienstbarkeiten, Grundlasten, Grundpfandrechte und die vorgemerkten Rechte haben. Der Detaillierungsgrad der Suchergebnisse erschöpft sich „in der blossen Bezeichnung des jeweiligen Rechts“. Wir gehen davon aus, dass eine berechtigte Behörde über den Suchindex lediglich erkennt, dass eine Person Rechteinhaber bzw. Rechteinhaberin ist und nicht, welches Recht dieser Person konkret zukommt. Details betreffend Art der Dienstbarkeit bzw. Höhe eines Schuldbriefes hat die berechtigte Behörde somit weiterhin beim zuständigen Grundbuchamt einzuholen.

- **Art. 34g E-GBV**

Siehe Ausführungen zu Art. 34e Abs. 3 E-GBV. Es sind Massnahmen zu ergreifen, um die missbräuchliche Verwendung der Grundstücksuche zu verhindern bzw. Missbräuche aufzudecken. Diese Massnahmen sind in den Grundzügen in der Grundbuchverordnung zu regeln. Werden keine solchen Massnahmen ergriffen, kann Art. 34f E-GBV nicht umgesetzt werden.

- **Art. 51 Abs. 1 Bst. a E-GBV**

Es ist in der Grundbuchverordnung festzuschreiben, dass die AHV-Nummer unter keinen Umständen Eingang in eine öffentliche Urkunde finden darf. Die blosser Deklaration dieser Absicht im Erläuternden Bericht ist ungenügend. Ausserdem muss auf geeignete Art und Weise sichergestellt werden, dass die AHV-Nummer keinen Eingang in öffentliche Urkunden findet. Die entsprechenden Massnahmen sind in den Grundzügen in der Verordnung zu regeln.

Dokumente, welche lediglich zur Identifizierung einer Person dienen und danach nicht mehr benötigt werden, sind zu vernichten. Dies erst recht, als diese Dokumente keinen Eingang in die öffentlichen Urkunden finden. Nachdem die Grundbuchämter mit den neuen Bestimmungen des ZGB und dieses Verordnungsentwurfes derart weitgehende Befugnisse erhalten, um Grundeid-

gentümer und weitere an Grundstücken berechnigte Personen zu identifizieren, ist nicht ersichtlich, weshalb nach der Identifikation einer Person diese Dokumente noch benötigt werden. Mit Blick auf den datenschutzrechtlichen Grundsatz, wonach nicht mehr benötigte Daten zu löschen sind, ist die Aufhebung der Löschnverpflichtung höchst bedenklich und deshalb davon abzusehen. Sollten die Dokumente nicht sofort nach der zweifelsfreien Identifizierung einer Person vernichtet werden, ist eine verhältnismässige Löschnfrist vorzusehen.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Anliegen zu dienen und danken Ihnen für deren Berücksichtigung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

egba@bj.admin.ch

Schwyz, 19. Januar 2021

Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 1. Februar 2021 Stellung zu nehmen. Für diese Einladung danken wir Ihnen bestens.

Am 15. Dezember 2017 hat das Eidgenössische Parlament die Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches betreffend die Beurkundung des Personenstands und das Grundbuch beschlossen. Die Vernehmlassungsvorlage hat die Umsetzung von Art. 949b (Personenidentifikator im Grundbuch) und Art. 949c (Landesweite Grundstücksuche) des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210) im Rahmen einer Revision der Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 (GBV, SR 211.432.1) im Fokus.

Der Kanton Schwyz unterstützt die Vorlage unter Anbringung folgender Bemerkungen:

Art. 34d Abs. 2 E-GBV (Zugriffsberechtigung im Allgemeinen): Das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) erteilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der berechtigten Behörde auf begründetes Gesuch der Behörde hin die individuelle Zugriffsberechtigung für den Grundstücksuchdienst, wobei das Gesuch Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten muss, die die Zugriffsberechtigung erhalten sollen (Art. 34d Abs. 1 E-GBV). Gemäss Art. 34d Abs. 2 E-GBV sind dem EGBA Änderungen der Verhältnisse, die sich auf die Zugriffsberechtigungen auswirken können, sofort und unaufgefordert zu melden (Satz 1). Gemäss Satz 2 muss diese Mitteilung die Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die neu Zugriff erhalten sollen. Nicht erwähnt ist, dass die Mitteilung auch die Namen der nicht mehr zugriffsberechtigten bzw. ausgeschiedenen Personen enthalten muss. Art. 34d Abs. 2 Satz 2 E-GBV sollte entsprechend präzisiert werden.

Art. 34h E-GBV (Gebühren): Das EGBA erhebt für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes von den Kantonen jährliche Gebühren (Art. 34h Abs. 1 E-GBV). Gemäss Art. 46a Abs. 4 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG, SR 172.010) kann von einer Gebührenerhebung abgesehen werden, soweit dies durch ein überwiegendes öffentliches Interesse an einer Verfügung oder Dienstleistung gerechtfertigt ist. Dies ist aus Sicht des Kantons Schwyz vorliegend gegeben. Zudem kommen auf die Kantone durch die Entwicklung einer Datenschnittstelle, die Zuordnung der AHV-Nummer sowie der Datenbearbeitung, der Datenpflege und der Zugriffspflege massive Kosten zu. Überdies kommt die Dienstleistung einer landesweiten Grundstücksuche allen Behörden auf allen Stufen zugute.

Art. 164a Abs. 5 E-GBV (Übergangsbestimmung; Zuordnung der AHV-Nummern bereits im Hauptbuch eingetragener Personen): Gemäss dieser Bestimmung sorgen die Kantone dafür, dass den im Hauptbuch bereits seit dem 1. Januar 2012 eingetragenen natürlichen Personen die AHV-Nummer innert zweier Jahr zugeordnet werden. Für ältere Einträge betragen die Fristen fünf (ab 1948) bzw. sieben Jahre (vor 1948). Für den Kanton Schwyz sind diese unterschiedlichen Fristen nicht nachvollziehbar. Die Personen, welche vor dem 1. Januar 1948 (Einführung der AHV-Nummer) in das Hauptbuch eingetragen worden sind, sollten zuerst hinsichtlich einer eindeutigen Identifizierung bearbeitet werden. Es ist davon auszugehen, dass dies nicht mehr viele Personen betrifft und in der Zwischenzeit bereits Verkäufe erfolgten bzw. Erbgänge stattgefunden haben. In diesem Sinne beantragt der Kanton Schwyz, dass die Hauptbucheinträge, die vor dem 1. Januar 1948 erfolgten, zuerst angegangen werden.

Art. 164b Abs. 1 E-GBV (Übergangsbestimmung; Zugang des Grundstücksuchdienstes zu den rechtswirksamen Daten des Hauptbuchs und Übermittlung von Daten an den Suchindex): Die Bestimmung sieht vor, dass die Kantone innert Jahresfrist nach Inkrafttreten die Funktionsfähigkeit der Schnittstelle für den Datenabruf durch den Grundstücksuchdienst (Art. 34c Abs. 1 E-GBV) sicherstellen müssen. Diese einjährige Frist ist sehr ambitioniert. Da die Kantone zur Einhaltung dieser Frist von Softwareherstellern abhängig sind und diese zeitlich von der Entwicklung der Software des Dienstes für die landesweite Grundstücksuche abhängig sind, haben es die Kantone nicht alleine in der Hand, diese Vorgabe einzuhalten. Der Kanton Schwyz fordert deshalb, dass diese Frist erst dann zu laufen beginnt, wenn auf Bundesebene der Dienst für die landesweite Grundstücksuche funktionsfähig entwickelt worden ist.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie z. K. an:

– die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 12. Januar 2021

Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung der Grundbuchverordnung (GBV; SR 211.432.1) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Stossrichtung der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Für die weiteren Rechtsetzungsarbeiten bitten wir Sie indessen, die nachfolgenden Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen zu beachten.

Art. 34d

Nach Art. 28 GBV können die Kantone vorsehen, dass die Daten des Hauptbuchs, des Tagebuchs und der Hilfsregister genau bestimmten Personen und Behörden ohne Interessennachweis im Einzelfall elektronisch zugänglich gemacht werden. Hierzu haben sie die Modalitäten dieses erweiterten elektronischen Zugangs zu regeln und die Zugriffsberechtigungen in geeigneter Form öffentlich bekannt zu geben (Art. 29 GBV).

Gestützt auf die vorgeschlagene Formulierung von Art. 34d des Entwurfs stellt sich für uns die Frage, ob die durch das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) erteilten Zugriffsberechtigungen für den Grundstücksuchdienst auch bekanntgegeben werden dürfen oder müssen, sei es öffentlich oder auch nur den Kantonen oder bestimmten Dritten. In Art. 34d des Entwurfs müsste mindestens geregelt werden, ob eine solche Bekanntgabepflicht oder -möglichkeit besteht oder nicht, und wenn ja, in welchem Umfang. Der Titel der Bestimmung „Zugriffsberechtigung im Allgemeinen“ könnte zudem zu Missverständnissen führen. Er könnte dahingehend verstanden werden, dass auch Private entsprechend informiert werden dürften. Dies ist jedoch gemäss

2/3

dem neuen Art. 949c des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) gerade nicht der Fall. Zur landesweiten Suche sind nämlich nur Behörden berechtigt.

Art. 34h

Abs. 1 dieser Bestimmung sieht vor, dass das EGBA von den Kantonen jährliche Gebühren für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes erhebt. Gemäss Art. 34d des Entwurfs soll das EGBA die Zuteilung der Zugriffsberechtigungen an die Behörden und somit die Benutzeradministration übernehmen. Bei den Nutzerinnen und Nutzern der landesweiten Grundstücksuche wird es sich um Bundesbehörden sowie um kantonale und kommunale Behörden handeln. Es ist daher nicht einzusehen, weshalb die Kantone die Kosten dieses Systems tragen oder auch nur das Gebühreninkasso übernehmen sollen. Vielmehr sind die Gebühren im Sinne des Verursacherprinzips direkt den abfragenden Behörden in Rechnung zu stellen.

Da das EGBA die Benutzeradministration führt, kann es die Gebühren direkt von den registrierten Behörden erheben. Alles andere führt zu einem unnötigen administrativen Aufwand. Viele Kantone würden die ihnen in Rechnung gestellten Gebühren den Nutzerinnen und Nutzern des Systems weiterverrechnen. Hierzu müssten die Kantone vom EGBA regelmässig eine Auflistung der berechtigten Behörden mit der Anzahl ihrer Abfragen erhalten. Ein solcher Einbezug der Kantone beim Gebühreninkasso ist indessen unnötig. Vielmehr erscheint es als sinnvoll und auch zweckmässig, wenn das EGBA den Dienst für die landesweite Grundstücksuche vollumfänglich betreibt. Dies bedeutet, dass es neben der Benutzerverwaltung gleichzeitig auch das Gebühreninkasso übernimmt, wie es im Übrigen auch bei anderen Systemen des Bundes gängige Praxis ist. Wir schlagen daher vor, Art. 34h Abs. 1 und 2 des Entwurfs wie folgt zu ändern:

¹Das EGBA erhebt für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes von den berechtigten Behörden jährliche Gebühren.

²Der Gebührenbetrag der Behörden errechnet sich aufgrund folgender Formel: ...

Darüber hinaus ist es insbesondere innerhalb des Sozialversicherungsrechts problematisch, dass überhaupt Gebühren anfallen sollen. Es ist davon auszugehen, dass primär die für die Berechnung des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen (EL) zuständige und der Ausgleichskasse zugeordnete Stelle (EL-Stelle) den revisionsweise vorgeschlagenen Dienst der landesweiten Grundstücksuche verwenden wird. Bis anhin erfolgten solche Datenbeschaffungen bei Weigerung der versicherten Person, entsprechende Auskünfte zu erteilen, von Amtes wegen durch die EL-Stelle bei anderen Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden des Bundes, der Kantone, der Bezirke, der Kreise und der Gemeinden. Gemäss Art. 1 Abs. 1 des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG; SR 831.30) i.V.m. Art. 32 des

3/3

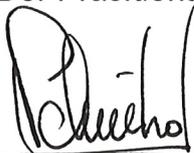
Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR 830.1) sind diese kostenlos zu erteilen. Art. 34h des Entwurfs, der für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes Gebühren für die anfragenden Behörden oder den entsprechenden Kanton vorsieht, dürfte damit nach unserer Einschätzung Art. 32 ATSG widersprechen. Aus diesem Grund ist in der GBV aufzunehmen, dass Suchanfragen von Behörden des Sozialversicherungsrechts kostenlos bleiben.

Art. 51 Abs. 1 lit. a

Nach unserer Auffassung besteht keine gesetzliche Grundlage für eine dermassen weite Datensammlung. Das ZGB enthält keine Bestimmung, wonach ein Pass oder eine Identitätskarte dauerhaft bei den Anmeldeunterlagen aufbewahrt werden muss. Bisher mussten die Passkopien nach der Feststellung der Identität vernichtet werden. Es besteht zudem keine Pflicht, dass eine Person einen Pass oder eine Identitätskarte haben muss. Durch die neue Regelung wird aber ein Hauskauf ohne Pass oder Identitätskarte gar nicht mehr möglich sein. Auch für die verlangte schriftliche Erklärung einer Person zur eigenen AHV-Nummer besteht keine Rechtsgrundlage. Im Übrigen können mit der gewählten Formulierung alle des Schreibens unkundigen Personen, z.B. Sehbehinderte, plötzlich kein Grundeigentum mehr erwerben. Zudem würde die Archivierung eines Passes oder einer Identitätskarte höchstens dann sinnvoll sein, wenn die betreffende Person direkt vor Ort erscheinen würde, was aber gerade nicht der Fall ist. Das Grundbuchamt macht keine Identitätsfeststellungen. Auf die Ausdehnung der verlangten Anmeldeunterlagen und auf deren dauernde Speicherung ist deshalb zu verzichten.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



366

cl

0

27 gennaio 2021

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Gentile Signora
Karin Keller-Sutter
Consigliera federale
Dipartimento federale di giustizia e polizia
Palazzo federale Ovest
3003 Berna

invio per email: egba@bj.admin.ch

Procedura di consultazione concernente la revisione dell'ordinanza sul registro fondiario. Numero AVS nel registro fondiario e ricerca di fondi su scala nazionale

Stimata Consigliera federale,
Gentili Signore ed egregi Signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura di consultazione e vi ringraziamo per averci fornito la facoltà di esprimere in questa sede le nostre considerazioni in merito.

PREMESSA

Il progetto di modifica dell'Ordinanza sul registro fondiario (AP-ORF) persegue l'obiettivo di concretizzare e precisare i nuovi artt. 949b e 949c CC (RU 2018 4017), nel senso che tutti i titolari di diritti iscritti a Registro fondiario debbano essere identificabili in base al numero AVS, inclusi i beneficiari di diritti reali limitati e i creditori pignorati. Si tratta sostanzialmente del corrispondente del numero IDI per le persone giuridiche (artt. 51 cpv. 1 lett. b, rispettivamente 90 cpv. 1 lett. b ORF). Ciò presuppone l'introduzione generalizzata del numero AVS onde permettere la loro identificazione oltre a quanto già oggi prescritto dagli artt. 51 cpv. 1 lett. a, rispettivamente 90 cpv. 1 ORF. Pertanto, tale dato è destinato a essere integrato in un apposito registro ausiliario (identificatore di persone ai sensi dell'art. 23a AP-ORF). A far capo dall'entrata in vigore delle nuove disposizioni ciò avverrà in una prima fase al momento del trattamento delle nuove notificazioni e, in seguito, gradualmente per tutti gli altri titolari iscritti con relativo aggiornamento periodico. In linea di massima i dubbi correlati alla protezione dei dati e alla ripartizione dei costi e delle competenze appaiono debitamente affrontati, come pure le difficoltà tecniche sollevate a suo tempo dal gruppo di lavoro designato *ad hoc*. Si pensi in particolare al rischio di sovraccarico dei sistemi cantonali tramite l'utilizzo di un indice di ricerca criptato. Si rileva tuttavia come permangano diversi aspetti ancora da chiarire o da puntualizzare.

1. Rispetto dei termini di implementazione (art. 164a e art. 164b AP-ORF)

In Ticino è stato avviato recentemente il progetto di sostituzione dell'attuale programma informatico SIFTI in uso presso il settore del registro fondiario appalesatosi oramai obsoleto, la cui tempistica è ancora incerta. Si stima che occorrano almeno 5 anni prima che la nuova soluzione informatica possa risultare completamente introdotta e operativa. Ciò significa che, per rispettare i termini dettati dagli artt. 164a cpv. 2 e 164b cpv. 1 AP-ORF, occorrerebbe eseguire ulteriori modifiche dell'attuale programma SIFTI. Non essendo il numero AVS gestito dalla soluzione informatica oggi in uso, basata su tecnologie datate e modificata a più riprese nel corso degli anni, è importante evitare di procedere a ulteriori adeguamenti. Il rischio di sovraccarico e quindi di blocco del sistema informatico risulta infatti concreto ed elevato.

Il Canton Ticino chiede pertanto alla Confederazione di predisporre una deroga ai termini assegnati di implementazione, giustificata dall'introduzione del nuovo programma informatico attualmente allo studio che, in quanto prevedibilmente già utilizzato in altri Cantoni, sarà già predisposto all'introduzione del numero AVS e alla trasmissione di dati all'indice di ricerca del servizio di ricerca di fondi. Si prospettano infatti ulteriori modifiche al modello dati eGRISMD e delle interfacce IEDRF (artt. 8 e 10 dell'Ordinanza tecnica del DFGP e del DDPS sul registro fondiario - OTRF - del 28 dicembre 2012). I registri ausiliari SIFTI dovranno soddisfare i requisiti dell'art. 90 cpv. 1 lett. a ORF avuto riguardo alle esigenze dell'art. 23a AP-ORF; in base all'art. 23b AP-ORF si prevedono nuove interfacce con l'Ufficio centrale di compensazione (UCC) e verifiche periodiche quo alla correttezza del numero AVS con conseguente inevitabile accavallamento con il divisato progetto di sostituzione e un impiego di risorse e di tempo considerevoli. A dipendenza di quando entrerà in vigore la modifica dell'ORF, ribadiamo che vi è quindi il concreto rischio che il Canton Ticino non sia in grado di rispettare le scadenze indicate agli artt. 164a e 164b AP-ORF. Malgrado nel rapporto esplicativo si riconosca che le tecnologie utilizzate per la tenuta dei registri fondiari non siano uniformi in tutti i Cantoni, si constata come non è prevista alcuna possibilità di una deroga, qui postulata. Non sono inoltre chiare le conseguenze in caso di mancato rispetto dei termini assegnati. Realisticamente l'uso operativo del numero AVS potrebbe venire avviato in Ticino al più presto nel 2025, ossia con due anni di ritardo rispetto ai tempi previsti a oggi. Circostanza che ci vede costretti sin d'ora a postulare la predetta deroga *quo* alle scadenze stabilite.

2. Coordinamento delle procedure ex art. 164a e art. 164b AP-ORF

Secondo l'art. 164b cpv. 2 AP-ORF i Cantoni devono effettuare entro un anno dall'entrata in vigore della modifica dell'ORF la trasmissione iniziale dell'intero complesso di dati di cui all'art. 34b cpv. 4 AP-ORF relativo all'indice di ricerca del servizio di ricerca di fondi. Tra i dati enumerati all'art. 34b cpv. 4 AP-ORF figura anche il numero AVS per le persone fisiche (lett. b). Il termine di un anno tuttavia mal si concilia con la tempistica di cui all'art. 164a AP-ORF.

Inoltre l'abilitazione alla ricerca su scala nazionale tramite SIFTI comporta una verifica dell'interfaccia IEDRF e la fornitura dei dati necessari all'indice di ricerca secondo i requisiti dell'art. 34b cpv. 4 AP-ORF. Le ricerche in SIFTI non potranno essere effettuate sulla scorta del numero AVS. Gli adattamenti necessari sono destinati a comportare un

dispendio di risorse e di tempo non indifferenti venendo anche qui a sovrapporsi con il progetto cantonale per la sostituzione di SIFTI. Se si rispetteranno i tempi previsti, si potrebbe stimare ottimisticamente il decollo operativo dei servizi per la ricerca su scala nazionale entro il 2025. Da qui la necessità di ottenere una deroga ai termini assegnati.

3. Coordinamento tra le fonti e documenti giustificativi (art. 23c e art. 51 cpv. 1 lett. a AP-ORF)

Secondo l'art. 23c cpv. 1 e 2 AP-ORF l'Ufficio del registro fondiario attribuisce il numero AVS durante la procedura di trattamento, interrogando le fonti di dati indicate all'art. 23b AP-ORF, ossia il registro degli assicurati tenuto dall'Ufficio centrale di compensazione (UCC) oppure altri servizi che l'UCC giudica sufficientemente sicuri. Se, consultando queste fonti, l'URF non può identificare l'interessato, effettua altri accertamenti secondo l'art. 23c cpv. 3 AP-ORF. In particolare esso può contattare l'interessato per avere altre informazioni utili all'identificazione del numero AVS. Questa procedura prevede quindi la collaborazione dell'interessato a titolo sussidiario. Nel contempo, in virtù del nuovo art. 51 cpv. 1 lett. a AP-ORF, ai documenti giustificativi vanno allegati la copia del passaporto o della carta d'identità (cifra 1), una copia del certificato AVS (cifra 2) oppure una dichiarazione scritta indicante, fra l'altro, il numero AVS (cifra 3). Sembrerebbe quindi che il richiedente debba obbligatoriamente trasmettere anche il certificato AVS o una dichiarazione analoga, ancorché non è chiaro se questi tre documenti siano elencati in via alternativa oppure se la cifra 1 (documento di identità) sia da intendere di natura cumulativa alla cifra 2 (certificato AVS) o alla cifra 3 (dichiarazione). Inoltre, dal rapporto esplicativo a pag. 20, sembrerebbe che l'interessato abbia la facoltà di decidere se inviare il certificato AVS (vedi 2 § ad art. 51 AP-ORF). Trattasi di una questione meramente pratica, ma si ritiene opportuno chiarire quali documenti possano essere richiesti dall'URF in occasione della procedura di trattamento di una nuova iscrizione, per evitare che un interessato possa opporsi alla produzione di documenti giustificativi. In particolare occorre precisare se l'URF possa pretendere che l'interessato/richiedente trasmetta sistematicamente il certificato AVS o la dichiarazione ai sensi dell'art. 51 cpv. 1 lett. a cifra 3 AP-ORF, rispettivamente se debba esigerlo solo nel caso in cui non riesca ad identificare il numero AVS con gli altri dati a sua disposizione. Si ritiene quindi consigliabile inserire in maniera più esplicita nella norma l'obbligo per il richiedente di trasmettere, oltre al documento di identità, anche il certificato AVS o il numero AVS tramite dichiarazione scritta. Questo modo di procedere consentirebbe all'URF di avere ulteriore conferma quo alla corretta attribuzione del numero AVS dopo la consultazione delle fonti di dati di cui all'art. 23b AP-ORF.

4. Distruzione del documento di identità (art. 51 cpv. 1 lett. a AP-ORF)

La modifica dell'ORF non prevede più l'obbligo di distruzione della copia del passaporto o della carta di identità (cfr. art. 51 cpv. 1 lett. a ORF), in quanto criticato nella dottrina e nella prassi (cfr. pag. 20 in fine del rapporto esplicativo). Non è chiaro se questo comporta, *a contrario*, l'obbligo di conservazione dei documenti di identità oppure se viene lasciata facoltà decisionale in materia agli URF. Parimenti, nel caso in cui venissero allegati i certificati AVS, non è evidente se occorra conservare anche questi ultimi per cui si chiede di fugare tali incertezze.

5. Annotazione in caso di assenza di numero AVS (art. 23c cpv. 5 AP-ORF)

Secondo l'art. 23c cpv. 5 AP-ORF, se l'URF non può identificare la persona in modo sufficientemente sicuro o attribuirle un numero AVS, lo annota nel registro degli identificatori di persone. Il rapporto esplicativo indica a pag. 12 che non è esclusa l'attribuzione del numero AVS in un secondo momento. Non è tuttavia chiara la procedura dell'attribuzione successiva e, meglio, se la stessa debba avvenire su iniziativa dell'URF, tramite modifica automatica a seguito di aggiornamento dati da parte dell'UCC o altro *modus operandi*. È quindi opportuno indicare la via da seguire.

6. Accesso ai dati del RF, autorità abilitate (art. 34e cpv. 1, 3 e 4 AP-ORF)

Stando all'AP-ORF sembra competere all'autorità federale (Ufficio federale per il diritto del registro fondiario e del diritto fondiario - UFRF), il compito di designare le autorità abilitate ad accedere al sistema di ricerca (rapporto esplicativo, ad art. 34d pag. 16). Esso può pure estendere su richiesta il novero di dati disponibili. Il progetto di norma non contempla una definizione precisa in punto ai criteri onde stabilire le autorità alle quali si fa riferimento. In tal modo si rischia di attribuire all'UFRF ampio margine discrezionale; si pensi in proposito esemplarmente a operatori vari in campo economico, notai, etc., senza tener conto delle prerogative e regolamentazioni cantonali. Si postula pertanto al riguardo l'allestimento di elenchi resi pubblicamente accessibili previa consultazione con i cantoni, e di evitare una gestione eccessivamente centralizzata espungendo o perlomeno restringendo la delega all'UFRF relativa all'estensione dei dati disponibili.

7. Sistema di finanziamento (art. 34h AP-ORF)

Il progetto prevede che il sistema di ricerca centralizzato venga sviluppato e gestito a cura e a spese della Confederazione, pur implicando il relativo adattamento dei costi supplementari per i Cantoni (cfr. rapporto esplicativo pto 5.2) e che l'Autorità federale fatturi poi i costi della ricerca al Cantone interessato sulla scorta di una formula di cui all'art. 34h cpv. 2 AP-ORF. Non è previsto un conteggio separato e dettagliato. In tal modo i Cantoni potranno vedersi astretti a mettere a disposizione gratuitamente i loro dati al sistema centrale e ad assicurare l'adattamento dei propri sistemi oltre a garantire un costante supporto tecnico (art. 34c cpv. 2 AP-ORF), trovandosi poi impediti a rivalersi sul richiedente. Pertanto si chiede che il meccanismo proposto venga corretto nel senso di fatturare i relativi costi direttamente all'interessato.

CONCLUSIONE

Al di là di questioni prettamente pratiche facilmente risolvibili, il Consiglio di Stato del Canton Ticino tiene qui a ribadire che l'attuale sostituzione del programma informatico per il settore del registro fondiario impone una deroga particolare ai termini previsti agli artt. 164a e 164b AP-ORF. Diversamente, la modifica ulteriore del vecchio applicativo informatico esistente SIFTI che s'imporrebbe per rispettare i termini auspicati per

l'implementazione del numero AVS, potrebbe comportare – vista la vetustà dell'applicativo informatico – il sovraccarico e quindi il blocco del sistema.

Certi che la nostra richiesta e le relative considerazioni possano trovare la debita attenzione, ci pregiamo di esprimere i sensi della nostra massima stima.

Il Presidente:

Norman Gobbi

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch);
- Centro sistemi informativi (csi@ti.ch);
- Incaricato cantonale della protezione dei dati (giordano.costa@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral de justice
et police (DFJP)
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. :

Lausanne, le 20 janvier 2021

Révision de l'ordonnance sur le registre foncier. Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays – procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du présent projet auquel il ne peut adhérer en l'état, sa réalisation ne tenant pas suffisamment compte des différentes réalités cantonales. En effet, le projet vise à créer, au sein de la Confédération, un service centralisé de recherche d'immeubles sur tout le pays où, au moyen d'une plateforme centralisant les demandes de recherche, sont interrogés, de manière automatique, les registres cantonaux. Bien qu'il sera toujours nécessaire de solliciter les entités cantonales correspondantes pour accéder à l'extrait du registre foncier, il n'en reste pas moins que, dans les faits, cette révision constitue une centralisation de la gestion des données du registre foncier. En effet, selon le projet soumis à la présente consultation, les cantons :

- donneront, à titre gracieux, l'accès à leurs données à la Confédération,
- perdront le contrôle de l'accès à leurs propres données sans possibilité d'exercer une surveillance en la matière,
- financeront les adaptations logicielles requises par le projet,
- seront appelés à payer pour chaque consultation de chacune des autorités habilitées par la Confédération à raison de maximum CHF 2.- par consultation,
- seront tenus de garantir une assistance technique, à leur charge et pour une prestation au bénéfice de la Confédération, durant les heures d'ouverture du registre foncier et
- subiront finalement un manque à gagner sur leurs émoluments en raison de la concurrence avec la plateforme de la Confédération.

Préambule :

A titre liminaire, le Canton de Vaud relève que le présent projet introduit deux changements de paradigme. Le premier consiste en la centralisation des données, au moyen d'une interface de recherche gérée par l'OFRF mais alimentée et financée par les cantons sans possibilité pour ces derniers d'exercer une surveillance sur leurs

données, de sorte à créer un registre foncier unique. Le deuxième, quant à lui, vise à modifier le principe régissant actuellement la consultation du registre foncier qui veut que ce dernier, à des fins de respect de la protection des données et de la personnalité, ne soit consultable que par parcelle et non par personne (art. 26 ORF vs art. 34a AP-ORF).

En détail :

Art. 1 let. f et g AP-ORF

Le Canton de Vaud s'interroge sur la systématique choisie afin d'implémenter cette révision. Dès lors que l'ordonnance sur le registre foncier règle la manière dont les immeubles doivent être identifiés, dont les réquisitions doivent être inscrites, respectivement comment les divers droits peuvent être décrits, modifiés, radiés, une adaptation de l'article 90 al. 1 let. a ORF, afin d'y ancrer le principe général de cette réforme, suffirait. Les considérations d'ordre méthodologique peuvent, quant à elles, faire l'objet d'une ordonnance dédiée à l'instar de l'ordonnance technique sur le registre foncier (OTRF).

Art. 23a AP-ORF

Cet article indique que les identifiants des personnes seront inscrits dans un registre dédié. Si l'on comprend l'idée à la lecture du rapport, il n'en demeure pas moins que des interrogations demeurent. S'agit-il du registre des propriétaires ou du registre des personnes du registre foncier. Ou est-ce encore un troisième type de registre. Pour mémoire, le Parlement avait refusé la création d'un registre centralisé des propriétaires. De ce fait, on peut se demander si ce n'est pas précisément ce qui est en train d'être créé.

Par ailleurs, le projet d'ordonnance ne précise pas à qui reviendra la responsabilité et, ce faisant, les coûts engendrés par la demande d'un numéro AVS (art. 50c al. 2 let. b LAVS et art. 50g al. 4 LAVS) lorsqu'un propriétaire n'en est pas muni (propriétaire étranger ne vivant pas en Suisse, propriétaire déjà inscrit au registre foncier mais ne disposant pas d'un numéro AVS, etc.)

Art. 26 ORF

L'utilisation systématique du numéro AVS doit permettre, selon l'article 34e al. 3 let. a ch. 1 AP-ORF, à l'autorité habilitée d'utiliser celui-ci afin d'effectuer des recherches alors que même que l'article 26 al. 2 ORF conditionne la communication d'élément du Grand livre au fait que les renseignements soient délivrés uniquement par immeuble déterminé et non par personne. Partant il existe une discrédance entre l'article 26 al. 2 ORF et l'article 34a AP-ORF.

Art. 34a à 34h AP-ORF

A titre préliminaire, le Canton de Vaud relève que, selon les dispositions du chapitre 6 qui posent les bases de l'accès au service de recherche, les cantons n'ont plus les compétences pour déterminer qui a accès aux données du registre foncier et, dès lors, n'ont en la matière plus aucune marge de manœuvre.

L'article 34a du projet d'ordonnance fixe le principe régissant la recherche d'immeubles sur tout le pays à partir des données des cantons en la matière. Si dans le système actuel le périmètre du champ d'application personnel de la notion « [d'] autorités qui en ont besoin pour accomplir leurs tâches légales » est de la seule prérogative des cantons sous haute surveillance de la Confédération, le projet d'ordonnance modifie radicalement ce paradigme laissant au soin de l'OFRF (art. 34d AP-ORF) de définir ce concept sans que les cantons ne soient ni consultés ni informés des caractéristiques adoptées par l'OFRF et sans qu'ils puissent exercer une surveillance en la matière.

Dès lors, les cantons n'ayant plus la prérogative de déterminer qui peut accéder aux données de leur registre foncier, il aurait été souhaitable qu'une liste de critères définissant cette notion soit explicitée dans le projet d'ordonnance.

L'article 34b al. 3 mériterait, eu égard au rapport explicatif, d'être plus explicite dans sa rédaction en remplaçant le pronom personnel « il » par « le service de recherche d'immeubles ».

L'article 34c instaure une responsabilité des cantons quant à la disponibilité des données et exige de ces derniers qu'ils assurent, en sus, l'assistance technique durant les heures ouvrables de leurs offices du registre foncier. Ces obligations devraient être, a minima, également assurées par l'OFRF.

L'article 34d dessaisit les cantons de leur prérogative en matière d'attribution des accès au service de recherche d'immeubles. Les considérations liées à l'article 34a s'appliquent pour cette disposition également.

Par ailleurs, d'un point de vue rédactionnelle, la première phrase de l'alinéa 1 devrait être la suivante « L'OFRF attribue, aux collaborateurs des autorités habilitées, les autorisations individuelles d'accès au service de recherche d'immeubles sur demande fondée de l'autorité ».

L'article 34e qui, à la lecture du rapport explicatif, se doit de définir, d'une part, la liste exhaustive des données qui peuvent être consultées et, d'autre part, quelle entité habilitée est autorisée à accéder à quels types de données en fonction de la motivation de la demande effectuée selon l'article 34d, est, en l'état, inintelligible.

Par ailleurs, la compétence dévolue à l'OFRF, par l'article 34e al. 3 du projet d'ordonnance, d'octroyer un accès élargi par rapport à celui prévu à l'article 34e alinéa 2 s'avère peu claire. En effet, ce n'est que dans le rapport explicatif qu'il est précisé que l'accès élargi donne la possibilité à l'autorité habilitée, au sens de l'article 34e alinéa 3 let. b AP-ORF, de recevoir les données de l'article 34e alinéa 4 let. d ch. 2 à 5 du projet d'ordonnance, en fonction de ses tâches légales.

Enfin, en matière d'élargissement de l'accès aux données de l'article 34e alinéa 4, les cantons sont, à l'instar de l'article 34d du projet d'ordonnance, dessaisis de leur compétence, renforçant davantage l'idée d'une volonté de collecter et de gérer, au niveau de l'OFRF, les données des registres cantonaux dans le but de créer, de fait, un registre centralisé transférant, ce faisant, des prérogatives jusqu'alors cantonales.

L'article 34h met à la charge des cantons les émoluments des consultations faites par leurs autorités. De ce fait, la situation serait la suivante : les cantons n'ont pas de contrôle sur les accès accordés, mais doivent payer pour ceux-ci. Il conviendrait que l'OFRF facture directement aux utilisateurs, sans demander l'intervention des cantons.

Art. 164a et 164b AP-ORF

Le Canton de Vaud constate que ces dispositions demandent des adaptations conséquentes tant au niveau informatique que humain. En effet, nonobstant les questions purement techniques, il conviendra de disposer des ressources nécessaires en personnel qualifié, à même de procéder non seulement aux adaptations en tant que telles, mais disposées à gérer le système et à en assurer la disponibilité ; de même qu'il faudra sans doute former les employés du registre foncier à cette nouvelle fonctionnalité. Dès lors, le délai d'une année dès l'entrée en vigueur de l'ordonnance paraît trop court pour mettre en œuvre une telle évolution. Ce faisant, il conviendrait de prévoir une période transitoire d'au minimum de trois à cinq années.

Conclusion :

C'est pourquoi, pour l'ensemble des raisons exposées ci-dessus, le Canton de Vaud :

- s'oppose à cette centralisation des compétences respectivement exige que la liste des autorités habilitées soit publique et préalablement soumise aux cantons (modification de l'article 34d AP-ORF) ;
- ce faisant, il refuse que les informations auxquelles les autorités habilitées pourront accéder puissent être élargies du seul fait de la décision de l'OFRF (suppression de l'article 34e al.3 et 4 AP-ORF). La mise en place d'un système de recherche national ne doit pas signifier une gestion centralisée de ses accès ;
- demande que les émoluments soient facturés à chaque entité ayant utilisé le système central de recherche (modification de l'article 34h al.1 AP-ORF) et d'admettre, dans le cadre de l'entraide administrative, la gratuité pour les administrations cantonales ;
- demande de modifier le délai d'adaptation (article 164b AP-ORF).

En vous remerciant d'avoir consulté le Canton de Vaud sur ce projet, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRÉSIDENTE

Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Vincent Grandjean

Courrier envoyé sous forme électronique à egba@bj.admin.ch



2021.00264

P.P.

A

CH-1951
Sion

Poste CH SA

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Références SB
Date 27 janvier 2021

Révision de l'ordonnance sur le registre foncier. Numéro AVS et recherche d'immeubles sur tout le pays – Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de lui avoir soumis pour avis le projet de révision de l'ordonnance sur le registre foncier destiné à implémenter la modification du code civil du 15 décembre 2017. Tout en partageant l'objectif de la révision présentée, nous souhaitons formuler une demande concernant la journalisation de la reprise et de la mise à jour des données et, pour le reste, estimons que celle-ci ne prend pas suffisamment en considération les intérêts des cantons et que le projet doit être adapté en conséquence.

Journalisation de la reprise et de la mise à jour des données

L'article 23e lettre c du projet prévoit que le DFJP et le DDPS règlent conjointement les aspects techniques liés à la journalisation de la reprise et de la mise à jour des données.

Des exigences techniques dans le cadre de la consultation et de la reprise de données dans la base de données cantonale des personnes sont aujourd'hui déjà imposées¹, notamment :

1. au moment de l'appel, la requête complète dans la BDR-PP, avec les éléments mis pour la recherche ainsi que l'identifiant et le rôle professionnel de l'appelant, doit être journalisée ;
2. toute la fiche détaillée consultée dans la BDR-PP, en détail avec tous les éléments, doit être journalisée.

Nous demandons que le DFJP et le DDPS prennent en considération dans les exigences fédérales les mêmes standards de journalisation de la reprise et de la mise à jour des données.

Autorités habilitées

Les critères permettant de déterminer ce qu'est une « autorité habilitée » ne sont précisés ni dans le projet, ni dans le rapport explicatif, laissant ainsi une large marge de manœuvre à l'OFRF, sans consultation des cantons. Il n'est en outre pas clair si seules les entités d'administrations publiques pourront accéder au service de recherche ou si des acteurs économiques privés, instituts bancaires et financiers ou notaires, par exemple, pourront être considérés comme étant des autorités habilitées.

¹ cf. Loi sur les bases de données référentielles et sur l'harmonisation des registres des personnes, des entreprises et établissements ainsi que des bâtiments et logements ; LBDR ; RS-VS 172.8



De l'avis du Canton du Valais, la notion d'autorité habilitée doit être comprise dans un sens restreint et ne comprendre que les administrations publiques au sens strict. À défaut, cet élément doit être réglé de manière claire avec le concours et moyennant l'approbation des cantons.

Répartition des coûts

Le développement de systèmes informatiques et la numérisation ont des coûts, tout comme la centralisation des données. Ces coûts doivent être équitablement répartis, ce qui n'est pas le cas dans le projet mis en consultation.

En l'état, les cantons sont financièrement pénalisés. Ils doivent mettre leurs données à disposition gratuitement, prendre en charge les développements logiciels nécessaires et financer eux-mêmes à la Confédération des émoluments, et ce quand bien même ils devront, de leur côté, renoncer à percevoir des émoluments cantonaux.

Une répartition plus équitable doit être élaborée. Une partie des frais, le développement et la maintenance du système doit être pris en charge par la Confédération. La facturation centralisée des émoluments uniquement aux cantons ne peut également pas être admise. Les émoluments doivent être répartis entre les utilisateurs. L'article 34h doit être revu.

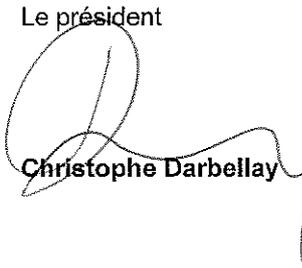
Conclusion

Les besoins de l'économie et des administrations ainsi que l'évolution de l'administration digitale justifient la réalisation d'une plateforme regroupant les données des cantons. La création d'un tel instrument ne met en principe pas fondamentalement en danger les compétences cantonales, pour autant que le cadre soit bien défini avec le concours de tous les acteurs.

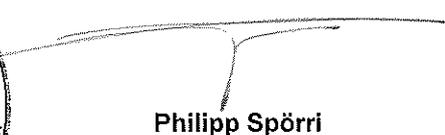
Des questions de compétence, de financement et de clarté se posent encore dans le projet mis en consultation. Une solution centralisée peut être performante, mais uniquement à la condition qu'elle respecte tous les intérêts des cantons. En l'état, le projet n'est pas suffisamment abouti et doit encore faire l'objet d'approfondissements, notamment en ce qui concerne les droits d'accès, la répartition des frais, le développement et la maintenance.

En vous remerciant de prendre en considération ce qui précède, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



Le chancelier

Philipp Spörri

Copie à egba@bj.admin.ch



Direktion des Innern, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
egba@bj.admin.ch

T direkt +41 41 728 37 18
nicole.roth@zg.ch
Zug, 25. Januar 2021 RONI
DI DIS 6.1 / 93 / 55369-08

**Revision Grundbuchverordnung
AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, bis zum 1. Februar 2021 eine Vernehmlassung einzureichen. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stellen folgende

Anträge

1. Artikel 23a neuer Absatz 4

Dieser Artikel sei wie folgt zu ergänzen: «Absatz 4: Die Meldung nach Artikel 134^{ter} AHVV erfolgt durch den Bund».

2. Artikel 23c Absatz 3

Es seien die «zusätzlichen Abklärungen» genau zu definieren.

3. Artikel 23d Absatz 1

Dieser Absatz sei wie folgt zu ergänzen: «In klaren Fallkonstellationen erfolgt die Aktualisierung des Personenidentifikationsregisters automatisch».

4. Artikel 34a

Der Verweis auf Artikel 90 Absatz 1 sei wie folgt zu präzisieren: «Artikel 90 Absatz 1 **Buchstabe a**».

5. Artikel 34f

Dieser Artikel sei so zu formulieren, dass es betreffend Protokollführung nicht zu Überschneidungen mit Art. 30 kommt.

6. **Artikel 164a Absatz 2**

Dieser Absatz sei wie folgt anzupassen: «Die erstmalige Übermittlung ist innert **zweier Jahre** nach Inkrafttreten der Änderungen vom ... vorzunehmen».

7. **Artikel 164a Absatz 5 Bst. a**

Dieser Absatz sei wie folgt anzupassen: «den Personen, die seit dem 1. Januar 2012 in das Hauptbuch eingetragen worden sind: innert **fünf** Jahren».

8. **Artikel 164b Abs. 1**

Dieser Absatz sei wie folgt anzupassen: «Die Kantone stellen innert **zweier Jahre** nach Inkrafttreten der Änderung vom ... die Funktionsfähigkeit der Schnittstelle für den Datenabruf durch den Grundstücksuchdienst (Art. 34c Abs. 1) sicher.

Begründungen zu den Anträgen

1. **Artikel 23a**

Unseres Erachtens müsste die Meldung an die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) über den Bund erfolgen. Es macht unserer Meinung nach wenig Sinn, wenn der Bund Vorschriften über die Führung der AHV-Nummer macht, bei jedem Grundbuchamt aber gegenüber der ZAS eine Ansprechperson gestellt werden muss.

2. **Artikel 23c Absatz 3**

Die Formulierung «namentlich» deutet auf eine nicht abschliessende Aufzählung hin. Wir sind der Ansicht, dass die vom Grundbuchamt allfällig vorzunehmenden zusätzlichen Abklärungen genau definiert werden müssen.

3. **Artikel 23d**

In klaren Fallkonstellationen ist die automatische Aktualisierung des Personenidentifikationsregisters unserer Meinung nach zwingend nötig. Die manuelle Überprüfung sämtlicher Mutationsmeldungen ist aus personellen Gründen nicht machbar.

4. **Artikel 34a**

Mit dem Verweis auf Art. 90 Abs. 1 GBV wird unserer Meinung nach suggeriert, dass die landesweite Grundstücksuche auch juristische Personen betrifft. Hier erlauben wir uns den Hinweis, dass betreffend UID-Nr. nie eine rückwirkende Vergabe bei bereits im Grundbuch aufgenommenen Personen vorgenommen wurde, wie sie bei den natürlichen Personen i.S.v. Art. 164a E-GBV beabsichtigt ist. Aufgrund dessen wäre u.E. ausschliesslich auf Art. 90 Abs. 1 Bst. a GBV zu verweisen.

5. **Artikel 34f**

Unserer Meinung nach liegt in Bezug auf die Protokollierungspflicht ein Überschneidungsverhältnis mit Art. 30 vor.

6. Artikel 164a Absatz 2 und Absatz 5 Buchstabe a und Art. 164b Abs. 1

In Anbetracht der Anpassungen der informatisierten Grundbuchsysteme und der Einführung der Schnittstellen mit der ZAS erachten wir die Fristen als zu kurz.

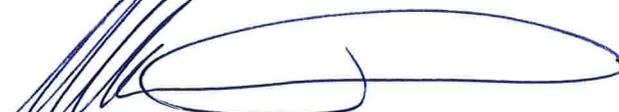
Weitere Hinweise zu Artikel 28 Absatz 1

Im Rahmen dieser Vernehmlassung möchten wir Sie gerne auf ein zusätzliches Anliegen zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs aufmerksam machen: Vorsorgeinstitute sind verpflichtet, sogenannte «Veräusserungsbeschränkungen» als Anmerkungen im Grundbuch eintragen zu lassen, wenn im Rahmen der Wohneigentumsförderung BVG-Gelder zur Eigenheim-Finanzierung eingesetzt werden. Jedoch haben gemäss Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b) nur Pensionskassen im Rahmen des Hypothekengeschäfts Einsicht auf Grundbuchdaten. Auszüge mit den für die Vorsorgeinstitute relevanten Einträgen zu Veräusserungsbeschränkungen (nicht-öffentliche Anmerkungen) können hingegen nicht abgerufen werden. Somit können die Vorsorgeinstitute nicht oder nur sehr eingeschränkt am elektronischen Geschäftsverkehr teilnehmen, was wiederum einen negativen Einfluss auf die Abwicklung der Geschäftsfälle bei Urkundspersonen, Grundbuchämtern, Banken und Vorsorgeinstituten mit Auswirkungen bis hin zum Endkunden haben kann. Das Interesse der Vorsorgeinstitute, diesbezügliche Grundbucheinträge elektronisch einsehen zu dürfen, ist daher unserer Meinung nach klar gegeben. Wir schlagen deshalb vor, Artikel 28 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

f) Vorsorgeeinrichtungen, zu den Daten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben in der Wohneigentumsförderung oder zur Sicherung des Vorsorgezwecks gemäss BVG benötigen.

Dabei ist selbstverständlich technisch sicherzustellen, dass nur Veräusserungsbeschränkungen angezeigt werden. Weitere nicht-öffentliche Anmerkungen wären zu unterdrücken.

Freundliche Grüsse
Direktion des Innern



Andreas Hostettler
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- Volkswirtschaftsdirektion (info.vd@zg.ch)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Staatskanzlei (info@zg.ch)
- Datenschutzbeauftragte (datenschutz.zug@zg.ch)
- Amt für Grundbuch und Geoinformation (info.agg@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

13. Januar 2021 (RRB Nr. 5/2021)

Revision Grundbuchverordnung, AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2020 haben Sie uns die geplante Revision der Grundbuchverordnung vom 23. September 2011 (GBV; SR 211.432.1) zur Vernehmlassung unterbreitet (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche). Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern wie folgt:

A. Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich begrüssen wir die Vorlage. Durch die Verwendung der AHV-Versichertennummer als Identifikator kann die Datenqualität der Stammdatensätze innerhalb des Grundbuchs entscheidend verbessert und das Erfassen von Duplikaten vermieden werden. Zudem wird die Rechtssicherheit erhöht und in verschiedenen Bereichen wird die Aufgabenerfüllung der Behörden erheblich erleichtert, dies gilt insbesondere für die Aufgabenerfüllung im Zusammenhang mit der Lex Koller. Grundsätzliche Einwände haben wir allerdings betreffend die Finanzierung des Grundstücksuchdienstes (siehe Bemerkungen zu Art. 34h VE-GBV). Zudem besteht Klärungsbedarf in folgenden Punkten:

- Die AHV-Versichertennummer könnte von zusätzlichem Nutzen für angebundene Auskunftssysteme (im Kanton Zürich etwa die zukünftige digitale Plattform «Objektwesen-ZH») sein, wenn der Identifikator zum Zwecke der Validierung der Datenqualität intern herangezogen werden könnte. Weder aus dem Verordnungsentwurf noch dem Erläuternden Bericht geht hervor, ob die AHV-Versichertennummer in Zukunft für verwaltungsinterne Zwecke über die vorhandenen und neuen Schnittstellen an angebundene IT-Systeme geliefert werden wird. Diese Frage sollte geklärt werden.

- Dem Erläuternden Bericht kann nicht entnommen werden, inwiefern die Ergänzung des neuen Attributs für die AHV-Versichertennummer eine Auswirkung auf die Datenaustauschnittstelle zur Amtlichen Vermessung (AVGBS) hat. Eine Änderung der AVGBS hätte weitreichende Auswirkungen auf die eingesetzten Vermessungssysteme und Prüfdienste. Es ist deshalb aufzuzeigen, ob und wie die Anpassungen der AVGBS umgesetzt werden und wie die Finanzierung einer AVGBS-Änderung aussehen soll. Aus Sicht des Kantons Zürich sind Änderungen an der AVGBS in der Amtlichen Vermessung über die entsprechenden Kredite und Bundesbeiträge der Eidgenössischen Vermessungsdirektion zu finanzieren.

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Zu Art. 23a VE-GBV

Marginalie, Abs. 1 und 2: Nach dem Wortlaut der geplanten Bestimmung geschieht die Zuordnung der AHV-Versichertennummer zu einer natürlichen Person «im Personenidentifikationsregister des informatisierten Grundbuchs». Und weiter heisst es in Abs. 2: «Die Einträge des Personenidentifikationsregisters werden mit den entsprechenden Einträgen des Hauptbuchs verknüpft.» Nach dem Erläuternden Bericht (S. 10) soll damit verdeutlicht werden, dass die Zuordnung der AHV-Versichertennummer nicht im Hauptbuch vorzunehmen und daher auch nicht Teil des Bearbeitungsverfahrens sei. Die gewählten Formulierungen könnten aber auch vermuten lassen, dass die Kantone in ihren IT-Systemen das «Personenidentifikationsregister» als neue, eigenständige Teilanwendung konzipieren müssen. Wir gehen jedoch davon aus, dass es – auf technischer Ebene – an sich auch zulässig wäre, das informatisierte Grundbuchsystem bzw. eine bestehende, für die Personenverwaltung zuständige Teilanwendung mit einem zusätzlichen Datenfeld zu ergänzen.

Abs. 3: Im Erläuternden Bericht (S. 11 oben) wird darauf hingewiesen, dass die systematische Verwendung der AHV-Versichertennummer bei den Grundbuchämtern die im Art. 134^{ter} der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.101) vorgesehene Meldepflicht auslöse. Es ist zu prüfen, ob diese Meldepflicht nicht direkt durch das Eidgenössische Amt für Grundbuch- und Bodenrecht (EGBA) erfüllt werden kann.

Zu Art. 23c VE-GBV

Abs. 3 Bst. a: Wie im Erläuternden Bericht (S. 12) festgehalten wird, bleibt vorerst unklar, wie die Zusammenarbeit des Grundbuchamts mit der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) genau vonstattengehen soll. Unseres Erachtens müssten die Grundzüge der Zusammenarbeit bzw. des Verifizierungsprozesses in der GBV geregelt werden.

Abs. 4: Die in dieser Bestimmung vorgesehene Pflicht der Grundbuchämter, bei der ZAS gegebenenfalls einen Antrag auf Zuweisung einer AHV-Nummer einer bestimmten Person zu stellen, gehört nicht zur Führung des Grundbuchs bzw. zu den Aufgaben des Grundbuchamts und geht unseres Erachtens zu weit. Seit jeher entscheidet die Grundbuchverwalterin oder der Grundbuchverwalter in ihrer bzw. seiner Funktion als Registerführerin oder Registerführer aufgrund der eingereichten Unterlagen, ob eine beantragte Einschreibung im Grundbuch erfolgen könne oder nicht; Einrichtungen und Abläufe des Grundbuchamts sind grundsätzlich nicht darauf ausgelegt, Anträge zu stellen oder Abklärungen zu tätigen.

Wir beantragen deshalb zu prüfen, ob fehlende AHV-Versichertennummern nicht auf anderem Weg festgestellt (z. B. Pflicht der betreffenden Person) und von der ZAS dem Grundbuchamt übermittelt werden könnten.

Abs. 5: Unklar ist, wie sich das weitere Verfahren zur Bereinigung erfolgter Anmerkungen gestaltet.

Zu Art. 23d VE-GBV

Unklar ist, wie das Grundbuchamt von den Ergebnissen der periodischen Überprüfung Kenntnis erhält. Der Erläuternde Bericht (S. 13) spricht von «Mutationsmeldungen». Unklar bleibt aber, ob diese dem Grundbuchamt automatisch zugespielt werden («Push-Service») oder von diesem abgerufen werden müssen. Im zweiten Fall stellte sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Überprüfung von allfälligen Mutationen zu erfolgen hat bzw. was eine «periodische» Überprüfung in zeitlicher Hinsicht genau bedeutet. Uns erscheint jedenfalls höchstens das Vorgehen umsetzbar, wonach dem Grundbuchamt periodisch und paketweise Mutationen zugespielt werden und dieses daraufhin die Änderungen in das Personenidentifikationsregister bzw. sein Grundbuchsystem (siehe Bemerkungen zu Art. 23a VE-GBV) übernimmt.

Es ist zu bedauern, dass der Vorentwurf keine Einzelheiten zur periodischen Überprüfung enthält. Unklar bleibt auch, wie weit die Übernahmepflicht des Grundbuchamts geht bzw. was die im Erläuternden Bericht angesprochene «Prüfung durch das Grundbuchamt» (S. 13) umfasst.

Zu Art. 34b VE-GBV

Wie der Erläuternde Bericht selbst festhält (S. 14), ist nicht auszuschliessen, dass anlässlich einer bestimmten Suchsession kantonale Server vereinzelt und vorübergehend nicht funktionieren und Suchergebnisse daher unvollständig ausgegeben werden. Damit das die Abfrage tätige Behördenmitglied tatsächlich einschätzen kann, inwiefern das Suchergebnis vollständig ist, könnte es daher sinnvoll sein, wenn dieses mit dem Hinweis versehen wäre, ob sämtliche kantonalen Systeme Rückmeldung gegeben haben bzw. von welchen kantonalen Systemen keine Rückmeldung gekommen ist (z. B. in dem auf S. 15 des Erläuternden Berichts erwähnten, maschinell signierten Beleg).

Zu Art. 34c VE-GBV

Abs. 1: Die Schnittstelle gemäss Art. 34c Abs. 1 sollte vorgegeben, standardisiert nach eCH und landesweit gleich sein.

Abs. 2: Zu klären ist, ob die vorgesehene «Supportpflicht» (vgl. Erläuternder Bericht, S. 16 unten) aufseiten der Kantone zu einer zusätzlichen Ressourcenbindung führen wird, was grundsätzlich mit Kosten verbunden wäre. Zudem stellt sich die Frage, wer die Gegenstelle für Supportabklärungen ist. Unseres Erachtens sollte der Bund eine zentrale Supportstelle betreiben, die den Kantonen während einer definierten Zeit als Ansprechpartnerin für technische Probleme, die über die Zuständigkeit der Kantone hinausgehen, zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang stellt sich ferner die Frage, wie die Supportdienstleistungen zwischen Bund und Kantonen verrechnet werden sollen.

Abs. 3 Bst. b: Nicht restlos klar ist, welche Änderungen betreffend die in Art. 34b Abs. 4 VE-GBV erwähnten Daten die Pflicht zu einer Neulieferung auslösen.

Abs. 4: Fraglich ist, ob diese Bestimmung bzw. das von ihr statuierte «Wahlrecht» vor datenschutzrechtlichen Grundsätzen standhält. Die Notwendigkeit einer Verschlüsselung der Daten bereits aufseiten der Kantone wäre wiederum mit zusätzlicher kostenverursachender Ressourcenbindung verbunden.

Zu Art. 34d VE-GBV

Abs. 2: Unseres Erachtens verlangt es das Verhältnismässigkeitsprinzip, dass die Mutationsmitteilungen auch die Namen derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die neu keinen Zugriff mehr haben sollen (Verhinderung unnötiger Zugriffsmöglichkeiten / Risikobegrenzung). Der Verordnungstext wäre dahingehend zu ergänzen.

Zu Art. 34g VE-GBV

Die Bestimmung sollte mit der Anweisung an das EGBA ergänzt werden, wonach dieses sowohl die Behörde, der das betreffende Behördenmitglied angehört, als auch den Kanton, dessen Grundbuchdaten von der missbräuchlichen Benützung betroffen waren, informiert (ähnlich den neuen Meldepflichten in den Revisionsentwürfen zu den Datenschutzgesetzen bei Verletzung der Datensicherheit bzw. unbefugter Datenbearbeitung).

Im Übrigen fällt auf, dass Art. 29 f. GBV und Art. 34g VE-GBV unterschiedliche Bezeichnungen für letztlich dieselbe Problematik verwenden («missbräuchliche Bearbeitung der Daten», «unrechtmässige Datenbearbeitung», «missbräuchliche Benützung», «unbefugter Datenzugriff»). Abgesehen davon, dass bisweilen nicht restlos klar ist, was mit dem jeweiligen Begriff gemeint ist, regen wir an, die Terminologie soweit möglich zu vereinheitlichen.

Zu Art. 34h VE-GBV

Gemäss Abs. 1 dieser Bestimmung erhebt das EGBA für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes von den Kantonen jährliche Gebühren. Der mit der Formel in Abs. 2 festgelegte Kostenteiler lässt darauf schliessen, dass die Kantone für sämtliche Kosten des Grundstücksuchdienstes aufkommen sollen. Da auch die Bundesbehörden den Grundstücksuchdienst in Anspruch nehmen werden, muss die Formel in Abs. 2 in dem Sinne präzisiert werden, dass nur der auf alle Kantone entfallende Anteil an den Gesamtkosten für die Berechnung des Kantonsanteils massgebend sein darf. Der auf den Bund entfallende Anteil an den Gesamtkosten muss vorab in Abzug gebracht werden.

Zudem nimmt Abs. 2 nur auf den Gebührenbetrag der Kantone bzw. die «Abfragen des Kantons» (Abs. 2, Formel) Bezug, obwohl zum Kreis der zur Nutzung des Grundstücksuchdienstes «berechtigten Behörden» auch die Gemeinden zu zählen sind (Art. 34d VE-GBV enthält diesbezüglich keine Einschränkungen). Zwar wird im Erläuternden Bericht (S. 21) festgehalten, die Gebühren würden dann auch pro Benutzerinnen und Benutzer der kommunalen Behörden berechnet bzw. ausgewiesen, das Bundesamt für Justiz ist aber offenbar auch der Ansicht, die Kantone seien «Hauptnutznießer» der landesweiten Grundstücksuche und sollten daher die Abfragen der Gemeinden letztlich finanzieren (S. 28 des Erläuternden Berichts). Wir lehnen es ab, dass den Kantonen auch die Gebühren für die Abfragen durch die kommunalen Stellen in Rechnung gestellt werden sollen (vgl. dazu S. 21 des Erläuternden Berichts). Vielmehr sollen die Gebühren für die Nutzung des Grundstücksuchdienstes direkt den kantonalen und kommunalen Stellen, welche die Dienstleis-

tung in Anspruch nehmen, in Rechnung gestellt werden. Zudem handelt es sich bei den Grundbuchdaten um Daten der Kantone und diese sollen für die Zurverfügungstellung keine Entschädigung erhalten. Angesichts dieses Umstands und des zu erwartenden erheblichen Abrechnungsaufwands stellt sich letztlich die Frage, ob nicht allseits auf eine Gebührenerhebung verzichtet werden soll.

Zu Art. 51 VE-GBV

Mit dem vorgeschlagenen neuen Wortlaut von Art. 51 Abs. 1 Bst. a GBV wäre es künftig zulässig, dem Grundbuchamt anstelle einer Kopie des Passes oder der Identitätskarte – wie nach geltendem Art. 51 Abs. 1 Bst. a GBV vorgeschrieben – bloss eine schriftliche Erklärung mit Personalien einzureichen. Dies, weil die in Abs. 1 stehende Aufzählung angesichts des Wortes «oder» und dessen Stellung im Text eine alternative über alle drei Unterziffern ist. Insofern führt der Erläuternde Bericht in die Irre, wenn er auf S. 22 ausführt, die Bestimmung, wonach den Anmeldungsbelegen eine Kopie des Passes oder der Identitätskarte beizulegen sei, werde beibehalten. Wollte man die Ausführungen im Erläuternden Bericht, wonach nur eine Person, die nicht über einen AHV-Ausweis nach Ziff. 2 verfügt, stattdessen nach Ziff. 3 eine schriftliche Personalien-Erklärung abgeben könnte, im Gesetzestext abbilden, dürfte die Möglichkeit nach Ziff. 3 nur eine Alternative zur Möglichkeit nach Ziff. 2 sein und nicht auch zur Möglichkeit nach Ziff. 1.

Das Weglassen der Vorgabe, dass nach Erfassung der Personalien die Kopie des Passes oder Identitätskarte zu vernichten sei, wird begrüsst.

Zu Art. 164a VE-GBV

Abs. 5: Wir weisen darauf hin, dass der beim Grundbuchamt entstehende Aufwand für die umfassende Zuordnung der AHV-Versichertennummern insbesondere auch davon abhängig sein wird, inwiefern die Übernahme der von der ZAS zurückgemeldeten AHV-Nummern automatisiert wird erfolgen können.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli

